

# Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung  
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt  
von  
Tristan Abromeit

Dezember 2007

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 56.5

(33 +1+3 Seiten)

Georg Blumenthal

## Neue revolutionäre Taktik

1. An die Arbeiter
1. Die Streiktaktik
3. Der Geldstreik

Mit dem Bild des Verfassers  
einem Vorwort von **Alfred Bader**  
u. einem Ausblick als Nachwort von **Hans Timm**

o. J. ca.1929

Stichworte: Georg Blumenthal / Der Physiokrat / Freiwirtschaft  
von der Internetseite des Deutschen Historischen Museums

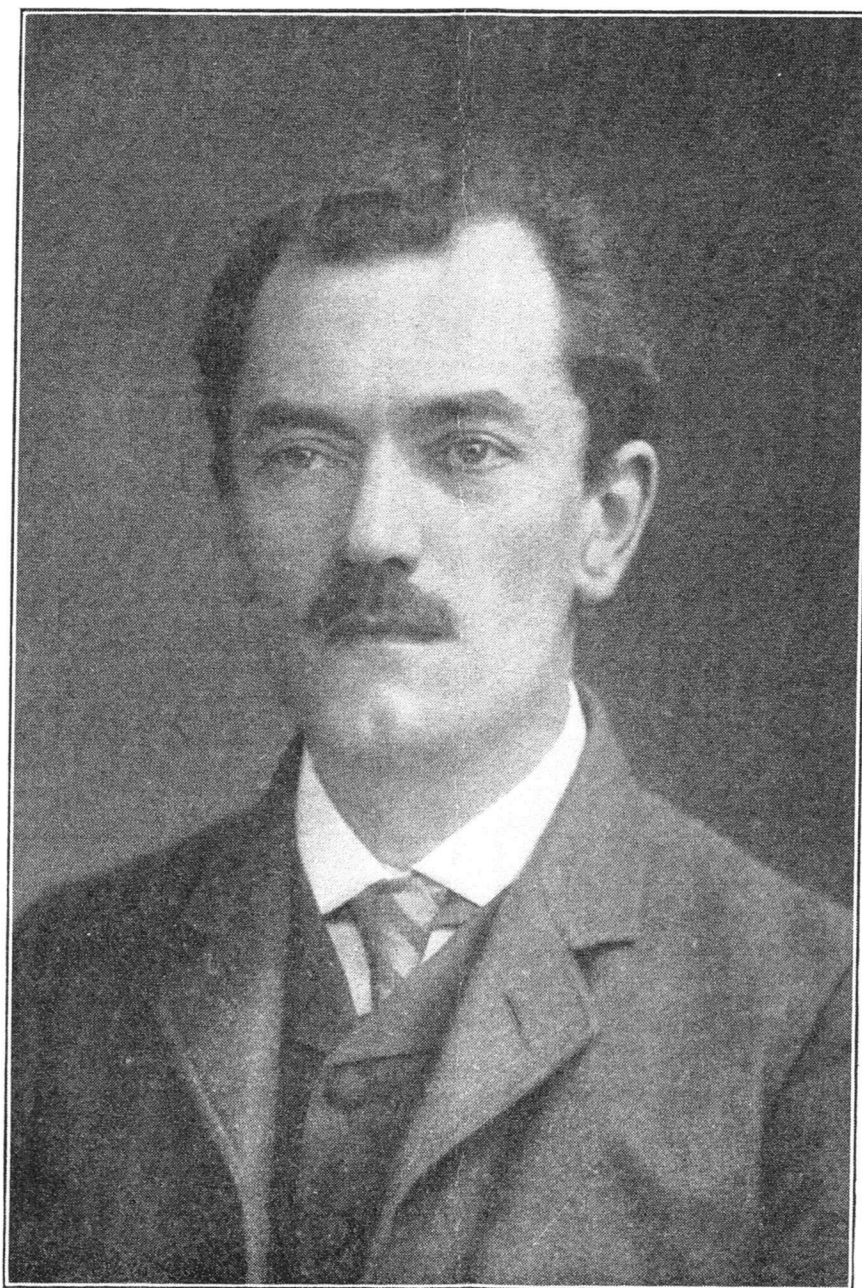
GEORG BLUMENTHAL

# Neue revolutionäre Taktik

---

---

STERN VERLAG



GEORG BLUMENTHAL

# **Georg Blumenthal:**

- 1. An die Arbeiter**
- 2. Die Streiktaktik**
- 3. Der Geldstreik**

**Mit dem Bild des Verfassers  
einem Vorwort von Alfred Bader  
u. einem Ausblick als Nachwort  
von Hans Timm**

**Stirn-Verlag Hochheim b. Erfurt**



*Dem Andenken*

**GEORG BLUMENTHAL<sup>S</sup>**

dem unermüdlichen Pionier  
der Fysiokratischen Bewegung  
als Kranzspende

vom Fysiokratischen Kampfbund u. seinen Freunden

Anmerkung des Herausgebers: In folgenden Aufsätzen ist Blumenthal's  
Schreibweise des Wortes Physiokratie mit „Ph“ beibehalten worden;  
sonst schreiben wir jetzt Fysiokratie durchweg mit F.

# Dem Andenken Georg Blumenthals.

Heute, wo man unter je hundert Menschen, die sich überhaupt mit kulturellen oder wirtschaftlichen Fragen befassen, immer schon eine gewisse Anzahl findet, die wenigstens etwas von FFF gehört hat, kann man nur an der Schwierigkeit, diese für das Einsetzen für unsere Idee zu gewinnen, ermessen, wie schwierig der Kampf für unsere ersten Pioniere war.

Zehn Jahre hatte Silvio Gesells revolutionäre Idee gebraucht, um die ersten vier bis fünf Bekenner zu finden, und wieder zehn Jahre brauchten diese, um einen von ihnen, Georg Blumenthal, den Versuch machen zu lassen, mit den paar neuerdings gewonnenen Freunden den Kampf gegen Dummheit, Unwissenheit und Ausbeutung auf erweiterter Grundlage aufzunehmen. Alle früheren Arbeiten Gesells (und Frankfurths) konnten nur einen ganz kleinen Kreis von Menschen erreichen; die großen Kosten und Arbeitskräfte, die der Druck und Versand der ersten Veröffentlichungen von Gesell (verschiedene Broschüren und Zeitschriften, „Geld- und Bodenreform“) verursacht hatten, waren ziemlich spurlos vertan worden; aber, daß durch sie Blumenthal gewonnen und durch sie zu dem stahlharten Kämpfer und Begründer unserer „Bewegung“ wurde, zeigt uns, daß auch wir immer arbeiten und Propaganda treiben müssen, wenn wir scheinbar auch noch erfolglos sind.

Georg Blumenthal gelang der große Wurf, die Gesellsche Idee aus dem Dunkel des geschlossenen Interessentenkreises mitten in die Sonne kritischer Öffentlichkeit zu rücken, auch nicht von einem Tag zum anderen. Doch der von ihm seit Mai 1912 herausgegebene „Der Physiokrat“ führte schon im Oktober 1913 zur Gründung der „Physiokratischen Vereinigung“. Zwei Taten Blumenthals, die mir so recht als das Ausstreuen des Saatkorns für das heute so vielgestaltige Feld physiokratisch-freiwirtschaftlicher Bünde und Zeitschriften erscheinen. Blumenthal stellte seine immense Arbeitskraft zu jener Zeit ausschließlich für die als richtig erkannte Lehre zur Verfügung. Nicht nur, daß er — mit Gesell — fast ausschließlich die Spalten des „Physiokrat“ füllte und fast alle Vorträge in der Berliner Vereinigung und an anderen Stellen hielt, — er hielt auch durch persönliche Korrespondenz, ja auch durch Reisen, die Verbindung mit den auswärtigen Kameraden — und solchen, die es werden konnten! — aufrecht.

Ich möchte hier einflechten, wie ich ihn persönlich kennen lernte\*). In Hamburg hatte ich vor dem Kriege eine Anzahl

---

\*) Zum ersten Mal hörte ich von Blumenthal und der physiokratischen Lehre durch den hier folgenden ersten Aufsatz „An die Arbeiter!“, der schon vor seinem Wiederabdruck in „Der Physiokrat“ in der „Maizeitung“, 1912, erschien und mich sofort zu einer Beschäftigung mit der neuen Lehre veranlaßte.

Freunde um mich geschart, die in wöchentlichen Zusammenkünften über alles mögliche — ethische, soziale, religiöse und andere Fragen — diskutierten. Nachdem ich längere Zeit den „Physiokrat“ gelesen hatte, wünschte ich über die dort behandelten Probleme in diesem Kreise eine Aussprache. Ich bat Blumenthal um einen Referenten dafür; da er in Hamburg noch keinen sattelfesten Kameraden zu nennen wußte, schlug er mir vor, ich solle selbst sprechen: er glaube nach unserem wiederholten Briefwechsel zu wissen, daß ich das könne. Ich ließ mich breit-schlagen, und in der Diskussion meldete sich als erster Georg Blumenthal, der eigens von Berlin nach Hamburg gekommen war, um, wie er sagte, nun feststellen zu können, daß es auch in Hamburg schon einen gäbe, der die physiokratische Lehre begriffen habe. — —

Im Frühjahr 1915 mußte „Der Physiokrat“ infolge Kriegsnotverordnung sein Erscheinen einstellen. Doch Blumenthals Arbeit schief nicht. Die Flugblätter aus der folgenden Zeit zeigen, was er unter den schwierigsten Verhältnissen zu schaffen wußte. Und dabei hielt er die auswärtigen Verbindungen durch rege Korrespondenz weiter aufrecht. Die wichtigste Waffe aber, die während des ganzen Krieges überhaupt geschmiedet wurde, war die 1916 zum ersten Male erschienene Schrift von Georg Blumenthal „Die Befreiung von der Geld- und Zinsherrschaft“. Dieses Buch wurde für die Folge mehr als die Bücher von Gesell und die später weit verbreiteten Broschüren Christens zum Lehrmeister der nach dem Kriege wachsenden Gemeinde der Fysiokraten.

Während der Revolutionstage hat Blumenthal dann noch eine Broschüre „Sozialisierung oder Aufteilung?“ geschrieben. Diese in der Bewegung stark umstrittene Schrift war uns in jenen Tagen Labsal und Erquickung und zwingt uns trotz der späteren Richtigstellung von seiten Gesells (auf dem Hamburger Bundestag) zur Bewunderung und Achtung vor dem stürmenden Revolutionär und doch sachlichen Rechner.

Später gab Blumenthal wieder den „Physiokrat“ heraus, den er im Jahre 1921 zu Gunsten der Einheitszeitschrift der FFF-Bewegung „Der Befreier“ eingehen ließ. Silvio Gesell war der Herausgeber und Blumenthal der Schriftleiter. Nur sieben Nummern konnten erscheinen. Dann war die mit so großen Erwartungen geschlossene Einheitsfront „aller“ FFF-Freunde in Hannover vollzogen. Vorläufig blieb „Der Befreier“ aber als Opfer auf der Strecke. Was damals gesündigt wurde, wird erst später voll erkannt werden. Eine Geschichte der FFF-Bewegung, zu der ich schon 1925 mit meinen Beiträgen „Aus dem Werdegang der Hamburger Bewegung“ in der Hamburger „Nöp“ anregen (und vor allem Blumenthal anregen) wollte, ist leider nicht über meinen ersten Anfang hinaus gediehen.

Zu spät erst offenbarte sich die Einigung als Seifenblase. Allerorts haben wir Fysiokraten, die wir uns aus „taktischen“ Gründen damals dafür eingesetzt haben, unsere besten Freunde abseits stehen sehen. Und schwer ist es uns bei manchem geworden, ihn wieder in den FKB hineinzubekommen.

Blumenthal machte formell die Einigung mit, aber er blieb immer in der physiokratischen Vereinigung Mitglied. Seine agitatorische Kraft war gelähmt. Verärgert durch die Machenschaften in dem neuen Bund, dem FWB, und seiner Zustimmung wegen von seinen engeren Kameraden scheel angesehen, zog er, dem der Kampf für die Befreiung von der Zins- und Geldherrschaft die erste Lebensnotwendigkeit war, sich von der öffentlichen Betätigung mehr und mehr zurück. Vielleicht waren diese Erfahrungen auch für ihn ausschlaggebend, daß er niemals zum FKB fand, obwohl er das Programm des FKB mit durchberaten hatte, denn er war in der Programmkommission des Freiwirtschaftsbundes, die im Januar 1924 die Grundmauern des Programms legte, das heute das FKB-Programm ist, nachdem der FWB. an dem Programm zerbrochen war.

Ob aber Mitglied oder nicht — er war einer unserer Besten. Wir Mitglieder des FKB werden ihn stets als einen der unseren betrachten und unseren Stolz darein setzen, ihm nachzueifern.

\* \* \*

Am 27. Juni 1929 ist Georg Blumenthal gestorben, am 2. Juli haben wir ihn zu Grabe geleitet.

In der Kapelle sprach an seinem Sarge ein Diener der christlichen Lehre ölige Worte von Selbstaufopferung und Gattenliebe und von dem Lohne, den er im Jenseits zu erwarten habe. Ich fürchte, Blumenthal hat sich in dem Sarge dabei auf die andere Seite gekehrt, und wir Leidtragende empfanden es wohl alle als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit, als an der offenen Grube Silvio Gesell durch seine Rede dem Priester die nötige Antwort gab. Gesell sprach über stirnerschen Egoismus und zerpflückte den Mythos christlicher Nächstenliebe, um uns zu zeigen, wer Blumenthal wirklich war. Er feierte seinen langjährigen Freund, der nicht wie ein unbekannter Soldat begraben werden sollte, sondern dessen persönliches Andenken wir als das an den treuesten Kameraden und bewußten Revolutionär hochzuhalten wüßten. So mag sich Blumenthal wieder auf die richtige Seite zum ewigen Schlaf gebettet haben.

Alfred Bader.

(Aus: „Letzte Politik“, Hochheim b. Erfurt, Nr. 27, 8. Jahrg., 1929.)



# An die Arbeiter.

Beim armen Volke such' ich Platons Stirnen,  
Ich such' das Weib in den verlorenen Dirnen,  
Die Kraft im Sklaven, der zu Staub getreten,  
Den Gott im Sünder, der nie lernte beten;  
Ich suche bei den Armen, Sünd'gen, Kranken,  
Des Schöpfers arg verstümmelte Gedanken.  
(Multatuli.)

Arbeiter, worauf wartet Ihr?

Denkt Ihr, es soll einmal ein Wunder geschehen — ein großes Ereignis müsse kommen von selbst — gleichsam mit Naturnotwendigkeit und Euch mit einem Ruck ins bessere Jenseits der erträumten Zukunft versetzen? Denkt Ihr vielleicht an den General-Weltstreik, daß er Eure Hoffnungen erfüllen könnte?

Wahrlich ich sage Euch: Wenn Ihr selbst Euch nicht persönlich aufrafft, wenn Ihr selbst nicht Euer Schicksal in die Hand nehmt und Euch zu dem Entschlusse der geistigen und wirtschaftlichen Selbstbefreiung erhebt — dann wartet nur, bis die Sanduhr Eures Lebens abgelaufen ist — wartet nur, bis ein Jahrhundert nach dem anderen dahingeht; — aber nie werdet Ihr die Freiheit sehen, nie werden sich Eure Träume und Hoffnungen verwirklichen. Darum: Rafft Euch auf zu eigenem Denken, eigenem Lernen und Suchen — zu eigenem Tun!

Der Generalstreik kann wohl kommen, und Ihr freut Euch kindisch, daß dann die „bürgerliche Gesellschaft“ in ihren Grundvesten erbeben wird.

Schon gut, sie wird erbeben; — Ihr aber werdet diesen „General-Unsinn“ (wie der ehrliche Auer sagte) selbst bezahlen, mit Leib und Leben, mit noch größerem Elend.

Die bürgerliche Gesellschaft würde erbeben, — der Kapitalismus würde vorübergehend geschädigt — Ihr aber hättet keinen Nutzen davon und viele — viele von Euch und Euren Kindern würden ins Gras beißen.

Es hört sich zwar schön an:

„Alle Räder stehen still,  
Wenn dein starker Arm es will.“

Mit dem Stillstehen der Räder ist aber nichts erreicht, und die wenigsten können ermessen, was dies für sie selbst bedeuten würde. Die Idee des Generalstreiks entspringt derselben Philosophie wie der Ausspruch jenes Jungen: „Det is mei'n Vater janz recht, det mir die Fingern verfroren sind — warum kooft er mir keene Handschuhe.“

Arbeiter, wie lange wollt Ihr noch diesen Unsinn mitmachen? Wie lange soll der gedankenlose Schlendrian noch weitergehen? Empfindet Ihr es denn nicht als Schmach, daß man Euch „Proletarier“ — „Proleten“ — vaterlandsloses Gesindel nennt? Seid

Ihr nicht als Menschen geboren wie alle anderen; gibt Euch Eure rastlose Arbeit nicht das Recht auf die Freuden des Lebens, auf Weib und Kind, auf Eigentum und Freiheit?

Warum seid Ihr immer noch Proletarier und laßt Euch so nennen?

Wie lange wollt Ihr noch das Geschwätz der Demagogen und Verblödungsapostel dulden, die Euch vorreden, es sei eine Ehrensache, ein „Proletarier“, d. h. ein armer Teufel — ein Habenichtes, zu sein. Seht Ihr nicht die Falle, in die man Euch damit lockt? Wißt Ihr denn nicht, und seht Ihr es denn nicht, daß das private Eigentum und der Besitz das Fundament der persönlichen Freiheit, daß sie der Schlüssel zur Bildung, zum Wissen, zur Macht und zur Lebensfreude sind?

Freilich: Mit lauter armseligem, unwissendem Gesindel kann jeder Demagoge, jeder Schwindler, machen was ihm beliebt. Den ausgesogenen, abgestumpften und halb verblödeten Proletariern erscheint sogar der „Zukunftsstaat“ mit seinem Futtertrog — mit seiner allgemeinen Staatsaufsicht und -Knechtschaft noch als Erlösung — als erstrebenswertes Ideal.

Aber ist das Freiheit — ist das menschenwürdig? Arbeiter! Verkauft Euer Menschentum, Eure freie Selbstbestimmung nicht für ein Linsengericht; verrätet die Freiheit nicht um des Futtertroges willen! Seid stolz und frei; stark und nüchtern! Meidet die Schweineställe im Leben und auch in der Politik!

Seid auf der Hut und traut jenen Lügner nicht, die Euch die Armseligkeit als Entwicklungsnotwendigkeit, als Übergangsstadium ins ökonomische Jenseits des Sozialismus predigen. Laßt Euch nicht die Hände binden unter dem Vorwande, die „Gesellschaft“ sei alles; — Ihr aber — der Einzelne sei nichts! Was nützt jedem Einzelnen das Wohlergehen der „Gesellschaft“, wenn er selbst ein Sklave, eine Puppe am Draht ist und er bei jedem Bissen der „Gesellschaft“ — dem Staat oder Zukunftsstaat zahm aus der Hand fressen muß?

Was nützt ihm das „Gedeihen der Gesellschaft“, wenn er sich in Qualen und Leiden windet, weil ihn die „Gesellschaft“ erdrückt, verstümmelt und das Allerpersönlichste in ihm ertötet? Nicht ein „Proletarier“ soll deshalb der Arbeiter sein, sondern ein Herr über sich selbst und über sein Eigentum. Der volle, ungeschmälerte Ertrag seiner Arbeit gehöre ihm, — ohne jede Ausbeutung.

Das ist das Ziel! Das ist unser Ziel, das Ziel der Physiokraten.

Deshalb rufe ich Euch in die Ohren: Fort mit diesem verfluchten „Proletariat“!

Hinweg mit dieser ausgemergelten, blöden „Masse“, mit diesen schwindsüchtigen, alkoholduftenden Männern, den abgerackerten, megärenhaften Weibern, den rachitischen Kindern!

Wir wollen kein „Proletariat“ mehr sehen, es beleidigt unseren Schönheitssinn; — unser Menschentum, unser Herz bäumt

sich dagegen auf, inmitten dieses Elends, dieser Versumpfung und Verblödung zu leben! Wir wollen das „Proletariat“ bekämpfen wie eine Seuche — es für immer aus der Welt schaffen.

Wir wollen stolze, schöne und glückliche Menschen aus Euch machen, wollen den Tempel des höheren Menschentums bauen auf der Grundlage der natürlichen Ordnung — der Physiokratie.

Darum rufen wir herbei alle, die mühselig und beladen sind; die Opfer der „guten Gesellschaft“ und des Kapitalismus!

Hört auf uns, die Ihr um Euer Leben — um die Entfaltung Eurer körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Anlagen betrogen seid! Wir kündigen Euch die frohe Botschaft, daß auch Ihr Eurem Leben noch Inhalt und Freudigkeit geben könnt:

### **Werdet Physiokraten!**

Werft alles hinter Euch, was Euch drückt; vergeßt Euch selbst, Euer Leid und Eure Leiden und arbeitet für das Ziel, — für das große Ziel der Befreiung aus sozialer Not.

Das ist das Erste: **Allen die Erde!** Denkt daran, daß sie — die Erde — Euer aller Mutter ist, daß sie ein Stück von Euch und Ihr ein Stück von ihr seid, daß Ihr ohne sie nicht leben könnt! Seht, wie sie im prächtigen Schwunge um die Sonne fliegt, wie sie jetzt wieder grünt und blüht, wie sie Euch trägt und nährt! Darum liebt die Erde! Verflucht seien jene unseligen Väter und Urgroßväter, diese Esel, die im Schnaps- und Bier- rausch — in maßloser Verblendung es verschuldeten, daß Ihr als Sklaven — als Hörige in das Leben treten müßt, weil sie das Land — das sie in unzähligen Schlachten mit ihrem Blut verteidigten — nicht achteten, nicht ihren Kindern und Kindeskindern als unveräußerliches Erbe bewahrten. Darum muß das gleiche Anrecht jedes Menschen an die Erde mit allen Mitteln wieder zur Geltung gebracht werden. Die Grundrente, der Wert, den Ihr selbst schafft, gehöre Euch — den Müttern und Kindern!

Das Zweite: **Jedem den vollen Arbeitsertrag!** Weder „Zins“ noch „Dividende“, noch „Rentabilität“ zehre mehr von Eurer Arbeit — denn es ist eine Beraubung! In einem Meer von Kapital müßt Ihr den Zins, den „Mehrwert“, die Ausbeutung ersäufen; einen anderen Weg gibt es nicht! Nie werdet Ihr durch den Streik, weder durch den General- noch durch den Weltstreik die Ausbeutung beseitigen können! Lernt das Geldwesen verstehen durch uns — und die Augen werden Euch aufgehen!

**Arbeiter aller Richtungen!**

Es gibt viele unter Euch, die es nicht mehr aushalten in dem alten Geleise, in der ewiggleichen Tretmühle des Proletariatslebens; die weder zum Staat noch zum Zukunftsstaat Vertrauen haben und nicht warten wollen, bis die „Entwicklung“ soweit gediehen ist und sie selbst längst der Rasen deckt.

Ich gebe Euch recht; ja mehr, ich gebe Euch meinen Rat: Werft nicht länger die mühsam gesammelten Millionen an Streik-

geldern in den unersättlichen Abgrund, sie gehen unwiederbringlich verloren!

Die jährlichen Einnahmen aller deutschen Gewerkschaften betragen rund 100 Millionen Mark. Wollt Ihr alle diese Summen nutzlos vergeuden?

Verständigt Euch mit Euren Kameraden — mit den verschiedenen Gewerkschaften, denen Ihr angehört und kauft Land — Land, soviel Ihr kriegen könnt: Aber beeilt Euch, solange Ihr noch mit Euren Millionen sonst verlorener Streikgelder Land kaufen könnt, daß Euch die großen Terraingesellschaften nicht zuvorkommen. Und laßt es niemand hören, was Ihr vorhabt, damit Ihr die Bodenpreise nicht hochtreibt.

Und dann zieht heraus und baut Euch die Zukunft selbst, so gut es sich unter der Herrschaft des heutigen Geldwesens tun läßt.

Dann wären die mühsam gesammelten Gelder doch nicht ganz verloren, und Ihr würdet Euch nicht durch den Streik länger ins eigene Fleisch schneiden.

Wir wissen wohl, daß auf diesem Wege nicht vielen geholfen werden kann — daß man mit lumpigen 100 Millionen Mark nicht etwa die ganze Volkswirtschaft in die Bahnen der sozialen Gerechtigkeit zwingen kann.

Darum gebt Euch keinen Täuschungen hin!

Die endgiltige Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung und der darauf beruhenden politischen Unmündigkeit kann nur erreicht werden durch eine **allgemeine** große Grundbesitzreform nebst **gleichzeitiger** Reform des herkömmlichen Geldwesens.

Erst wenn die Erde mit all ihren Naturschätzen wieder dem **ganzen** Volke gehört; — erst wenn das Geld volkswirtschaftlich auf die Rangstufe von Ware und Arbeit herabgesetzt ist — erst dann bricht die wirkliche politische und persönliche Freiheit, die wirkliche soziale Gerechtigkeit an.

Dann wird auch das sogenannte „Proletariat“ (diese kapitalistische Seuche) für immer verschwinden, um Platz zu machen einem starken und freien — einem glücklicheren Geschlecht.

„Wie eine vom Schnee befreite junge Tanne wird sich der Mann der Arbeit aufrichten, wenn die Zins- und Rentensklaverei von ihm genommen ist!“

Also seid nüchtern und entschlossen! Blickt nicht zurück, blickt weder nach rechts noch nach links: Faßt das Ziel fest ins Auge! Meidet den Schnaps und die Prostitution, die Euer Blut vergiften und Euch zu klarem, strengem Denken unfähig machen; es gibt reinere, schönere und ungefährlichere Genüsse.

Und verlaßt Euch nicht blindlings auf die „Führer“, die selbst den Weg nicht wissen. Verlangt von Ihnen, daß sie die Fragen der Grundrente und des Kapitalzinses studieren; — aber tut es auch selbst, soweit Ihr denkfähige Köpfe unter Euch habt! Dann werdet Ihr endlich begreifen, woran es liegt, daß Ihr trotz

aller Streiks, — trotz „Arbeiterschutzgesetzes“ und „sozialer Fürsorge“ von seiten des Staates noch immer Proletarier seid und — es **ewig bleiben werdet**, wenn Ihr nicht hört und prüft, was wir Euch zu sagen haben.

Erst wenn Ihr selbst imstande seid, an der Hand unserer Theorien das Verhalten Eurer Führer und der politischen Parteien zu kontrollieren, — erst dann werdet Ihr merken, daß **Wissen wirklich Macht** ist.

Georg Blumenthal.

(Erstmalig: „Maizeitung“, 1912; Wiederabdruck: „Der Physiokrat“, Juni 1912.)

## Die Streiktaktik der Arbeiter in physiokratischer Beleuchtung.

Alle Richtungen und Schichten der Arbeiterbewegung des In- und Auslandes haben trotz ihrer sonstigen religiösen und politischen Differenzen eine gemeinsame Grundlage für ihre Taktik angenommen; nämlich den Streik.

Der Glaube an die Wirksamkeit der Streiktaktik ist in der organisierten Arbeiterschaft allgemein. Und tatsächlich scheint der Streik unter den gegebenen Verhältnissen die einzige Waffe gegen das übermächtige Kapital zu bilden; es scheint bei oberflächlicher Betrachtung allerdings so, als biete er überhaupt die einzige Möglichkeit einer nachdrücklichen Interessen-Vertretung der „Arbeitnehmer“ gegenüber den „Arbeitgebern“. So bedienen sich denn auch alle Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung, soweit sie im Lohnverhältnis stehen, dieser Waffe in zunehmendem Maße je nach Umständen und in verschiedenen Formen, von der „passiven Resistenz“ (z. B. der Beamten) bis zum „Sabot“ und Generalstreik, wie ihn die revolutionären Gewerkschaften der Syndikalistinnen und Anarchisten propagieren.

Wie zwischen den Nationen der Krieg, so bildet der Streik in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit die letzte, entscheidende Instanz; ja, er beruht auf demselben Prinzip, wie der Krieg, nämlich den Gegner durch zugefügte Verluste niederzuzwingen, oder ihm doch wenigstens Zugeständnisse abzurufen.

Je radikaler die Richtung, umso deutlicher findet man die Idee ausgedrückt, daß es vor allem im Interesse der Arbeiter liegt; das „Kapital“ möglichst durch Schädigungen zu schwächen; einmal, um den betreffenden Unternehmer durch allerlei Ungelegenheiten gefügig zu machen, sodann aber auch in der irrthümlichen Meinung, daß die durch das „Kapital“ gesteigerte Ergiebigkeit der Produktion auch die Arbeitsgelegenheit vermindern und somit die Arbeitslosigkeit vergrößern müsse.



Diese Ansicht steht natürlich in voller Übereinstimmung mit der Marxschen Kapital- und Verelendungstheorie.\*).

Je mehr Maschinen, je größer das Kapital, — umso größer das Elend und die Ausbeutung“ — so folgern die Arbeiter und handeln demgemäß; gleichviel, ob sie sich bewußt Marxisten nennen oder nicht.

Sie alle richten den Blick immer nur auf den Produktionsprozeß und bleiben an den irreleitenden Einzelercheinungen desselben hängen, ohne zu erkennen, daß er seinerseits absolut beherrscht und geleitet wird, von der Geldzirkulation und ihren Gesetzen. Diese gilt es deshalb in erster Linie zu studieren.

Nach den Angaben des „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (1912, Nr. 39) haben die deutschen Arbeiter in den letzten zwölf Jahren (1900 bis 1911) rund 100 000 000 Mark für Streiks ausgegeben und zudem 47 000 000 Arbeitstage eingebüßt. Es lohnt sich also für uns, hier einmal die Aussichten der Streiktaktik zu untersuchen, denn erweist sie sich als ungeeignet zur Überwindung des Kapitalismus, — oder auch nur zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, so ist damit auch der Arbeiterbewegung die Möglichkeit genommen, ihre Aufgabe zu erfüllen, selbst, wenn sich die verschiedenen Richtungen kameradschaftlicher zueinander benehmen würden, als dies heute der Fall ist.

Der Lohn der Arbeiter wird — wie alles andere — bestimmt durch Angebot und Nachfrage, d. h. er ergibt sich aus dem Angebotsverhältnis zwischen Kapital und Arbeitskräften.

Das „Angebot“ von Kapital macht der Kapitalist, indem er Unternehmungen, Betriebe, Fabriken ins Leben ruft, Häuser bauen läßt usw.; also „Geldkapital“ in „Realkapital“ anlegt und damit Arbeiter beschäftigt. Er bietet Kapital an und hält damit zugleich Nachfrage nach Arbeitskräften.

Der Arbeiter seinerseits bietet seine Arbeitskraft an, indem er in den Betrieben, Fabriken usw. Arbeit sucht; d. h. er hält Nachfrage nach Kapital (Realkapital, Produktionsmitteln), um sich ernähren zu können, denn er selbst besitzt kein Kapital (Fabriken, Maschinen usw.), um selbständig produzieren zu können.

Ist nun diese „Nachfrage“ nach Kapital (Realkapital) von seiten der Arbeiter größer als das Angebot, d. h. sind mehr Arbeiter da, als in den vorhandenen Betrieben beschäftigt werden können, so wird ihr Lohn entsprechend niedrig sein; sind dagegen soviel Betriebe entstanden, daß die Zahl der Arbeiter nicht ausreicht, so wird ihr Lohn steigen, vorausgesetzt, daß nicht Zuzug von Arbeitern stattfindet und sich der Betrieb auch nach der Lohnsteigerung noch rentiert.

---

\*) Siehe Karl Marx: „Das Kapital“, Bd. I., 6. Aufl., S. 600—605, „Progressive Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee“. Desgleichen S. 609—611, „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Accumulation“.

## **Die „Rentabilität“ des Betriebes ist das eherne (kapitalistische) Lohngesetz für den Arbeiter!**

Während nämlich das Angebot der Arbeitskräfte einem Zwange unterliegt (dem des Hungers und der sonstigen Bedürfnisse des Arbeiters), unterliegt das Angebot von Geldkapital keinerlei Zwang, sondern es ist lediglich abhängig vom Willen des Kapitalisten, d. h. der Geldinhaber (Unternehmer, Banken usw.) hat es in der Hand, wieviel Realkapital oder Produktionsmittel (Fabriken, Häuser, Maschinen, Schiffe und sonstige Betriebe) er entstehen lassen will. Auf der Möglichkeit, mit Hilfe des heutigen Geldwesens das Kapital-Angebot nach Wunsch zu gestalten und seinen Willen der Volkswirtschaft aufzuzwingen, beruht die Machtstellung des Geld-Kapitalisten. Das einmal entstandene Realkapital unterliegt — im Gegensatze zum Geldkapital — ebenfalls einem Angebotszwange, da es verdirbt, verfällt, verrostet usw. Die Schaffung und Entstehung von Realkapital ist also gleichbedeutend mit erhöhter Nachfrage nach Arbeitskräften.

Würde der Vermehrung des Realkapitals (also der Produktionsmittel) kein Einhalt getan, so käme bald der Zeitpunkt, wo sein Angebot größer wäre als die Nachfrage, d. h. wo die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen würden, wo die Fabrikanten, Unternehmer, Betriebsleiter, Landwirte usw. durch hohe Löhne die Arbeiter anlocken müßten, um das Unternehmen überhaupt weiterführen zu können. Dadurch würde natürlich allmählich die Rentabilität (der Mehrwert) von den hohen Löhnen aufgesogen werden und dem Kapitalisten verloren gehen, während der Wohlstand der Arbeiter in gleichem Maße zunehmen würde. Dies wäre z. B. die physiokratische, natürliche Lösung der Frage.

Selbstverständlich läßt es der Geldkapitalist nicht dahin kommen. Da ihn ja nichts treibt und nichts zwingt, sein Geld ebenso anzubieten, wie der Hunger den Arbeiter zwingt, sich anzubieten, so wird der Kapitalist nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit sein Geld der Produktion zur Verfügung stellen, sondern nur unter der Bedingung, daß er einen Vorteil davon hat, daß er einen „Tribut“ für die Benutzung seines Geldes erheben kann, — daß sich die Geldanlage „verzinst“. Er stellt also den „Kapitalzins“ zur Bedingung, daß die Arbeiter arbeiten und die dazu nötigen Produktionsmittel fertig vorfinden oder sie erzeugen dürfen.

Nur die Aussicht auf den Zins, Mehrwert (Rentabilität), lockt das Geld aus den Geldschränken und Tresors in die Zirkulation, bewegt den Geldbesitzer dazu, die Entstehung von Realkapital und Produktionsmitteln zuzulassen. Ist diese Rentabilität in Frage gestellt, also z. B. durch Streiks und Lohnerhöhungen, die nicht der Konjunktur entsprechen\*), so verweigert das Geldkapital einfach so lange seine Dienste, beziehungsweise schränkt sie soweit ein (Krise), bis die Arbeitsgelegenheiten geringer und dadurch die Forderungen der Arbeiter bescheidener geworden sind,

so daß sich die Geldanlage wieder in üblicher Weise rentiert, der „Mehrwert“ dem Kapitalisten wieder sicher ist.

**Kein Zins (Mehrwert) — kein Geld — keine Arbeit!** Dies ist das Gesetz der kapitalistischen Produktion. Diese Macht des Kapitals beruht also lediglich darauf, daß das Geld keinem Angebotszwange unterliegt, weshalb wir es ja mit einem solchen versehen, es also durch einen beständigen „Wertverlust“ seiner Übermacht berauben und es damit auf die Rangstufe der Waren, der Arbeitskraft und der Produktionsmittel herabsetzen wollen.

Schon aus dem bisher Gesagten dürfte hervorgehen, daß der Streik im großen und ganzen an der Macht des Geldes wirkungslos abprallen muß, daß er, — rein theoretisch betrachtet — **die Tendenz hat, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, nicht aber die Macht, sie zu verbessern**, wie allgemein geglaubt wird.

Je nach Umfang und Dauer schwächt jeder Streik das Angebot von Kapital, indem er die Entstehung neuen Kapitals unterbindet, bereits bestehendes vernichtet und zudem das Geldkapital zur Vorsicht und zur Zurückhaltung auf dem betreffenden Gebiet veranlaßt.

Nach der marxistischen Theorie läge nun diese Schwächung des Kapital-Angebots im Interesse der Arbeiter. Und wenn z. B. ein Unternehmen infolge eines Streiks zusammenbricht, so haben die Arbeiter — getreu der Theorie von Karl Marx — noch stets mit Genugtuung konstatiert, daß nun wieder so ein „Ausbeuter“ weniger da ist, der dem Zukunftsstaat im Wege steht.

Wir Physiokraten sind freilich anderer Meinung: Wir erblicken in der Schwächung des Kapitals und seines Angebotes zugleich eine Schwächung der Position der Arbeiter, denn diese Schädigung des Kapitals bedeutet praktisch eine Verminderung der Arbeitsgelegenheiten.

Denken wir uns z. B., um dies recht deutlich zu machen, daß durch einen andauernden, umfangreichen Streik von je zehn Fabriken deren fünf in Liquidation geraten, oder, daß von fünf Bergwerken deren drei „ersoffen“, also nicht mehr betriebsfähig wären, usw. Dann werden sich bei Beendigung des Streiks die Arbeiter vor den Eingängen der übrig gebliebenen Betriebe drängen und prügeln, um überhaupt Arbeit zu erlangen. Die übrig gebliebenen „Ausbeuter“ können die Arbeiter nunmehr wie Reptile behandeln, und da die übriggebliebenen „Unternehmer“ sicher zu den kapitalkräftigsten und geschäftstüchtigsten gehören, so werden sie sich nach Ausschaltung des lästigen Wett-

---

\*) Die Rentabilität der Geldanlage kann natürlich auch gefährdet werden durch starke Konkurrenz, durch „Überproduktion“ bestimmter Waren über den wirklichen Bedarf und die Absatzmöglichkeiten hinaus. Hier die richtige Auswahl und das richtige Maß bei der Geldanlage zu treffen, ist jedoch Sache des geschäftlichen und kaufmännischen Scharfsinnes oder eingehender vorheriger Information und hat nichts mit unserer Frage zu tun; sie ist privatwirtschaftlicher, die unsere aber ist volkswirtschaftlicher Natur.

Der Verfasser.

bewerbes ihrer bisherigen Konkurrenten nicht etwa mit einem geringeren „Unternehmergewinn“ begnügen als vorher, sondern ihre „Profiltrate“ wird sich auf Kosten der Arbeiter (die nun in den wenigen Betrieben um jeden Preis Arbeit zu erlangen suchen müssen) noch erhöhen.

Man wird hier vielleicht einwenden, daß doch tatsächlich durch Streiks manchmal Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung von „Minimallöhnen“ usw. erzielt wurden.

Alle diese „Erfolge“ der Streiktaktik können aber immer nur vorübergehende Scheinerfolge sein und erweisen sich auch praktisch immer sehr bald als solche.

Werden z. B. in einem Betriebe Minimallöhne festgesetzt, so bedeutet dies nicht etwa, daß nunmehr die bisher schlecht bezahlten Arbeiter einfach besser bezahlt werden, sondern es bedeutet, daß unter den Arbeitern eine schärfere Auslese gehalten wird, und daß der Unternehmer sich die tüchtigeren herausucht — die anderen aber überhaupt nicht mehr beschäftigt; sie werden also von ihrem bisherigen Arbeitsplatze verdrängt, aus ihrem bisherigen Beruf ausgemerzt und aus den Proletariern werden nunmehr „Lumpenproletarier“.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet praktisch wiederum nur eine größere Intensität und Beschleunigung der Arbeit, was ja auch allgemein zugegeben wird. Da es dem „Unternehmer“ ja weder auf die Länge der Arbeitszeit noch auf die vom Arbeiter verausgabte Arbeitskraft, — sondern nur auf die Leistung, auf das Produkt ankommt, so ist eine Zusammendrängung der Leistungen in weniger Arbeitsstunden sogar noch von Vorteil für den Unternehmer. Außerdem ist hier wohl das meiste eher auf gesetzgeberische Maßnahmen aus militärischen und hygienischen Gründen zurückzuführen als auf Streik-Erfolge.

Es gibt ja einige Berufe, denen es infolge alter und straffer Organisation, Verbot der Lehrlingszüchtereie usw., gelungen ist, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, als die große Masse der Arbeiter. Daß dies aber immer nur auf Kosten der anderen Arbeiterkategorien geschehen kann, liegt klar zutage. Die Lage der anderen, besonders der ungelernten Berufe, wird dadurch nur um so gedrückt.

Aber auch bei den „Lohnerhöhungen“ zahlt nicht etwa das „Kapital“, sondern immer der eine Teil der Arbeiter die Zeche des anderen Teiles. Der streikende Teil verteuert zunächst im Falle des Erfolges den anderen Arbeiter-Kategorien die Lebenshaltung, die nun ihrerseits den Ausgleich erst wieder durch Streiks erkämpfen müssen, oft aber nicht einmal dazu imstande sind. Dabei sind dann die etwa erkämpften „Lohnerhöhungen“ natürlich immer nur nomineller Art, d. h. es werden dadurch nur die infolge von Streiks oder durch vermehrten Geldumlauf hervorgerufenen Preissteigerungen ausgeglichen, so, daß dann

zwar die Lohnsumme größer ist, nicht aber der Arbeitsertrag, d. h. das, was der Arbeiter mit dieser Summe kaufen oder bezahlen kann. Es handelt sich hier eben um einen beständigen Kreislauf innerhalb der vom Kapital gesteckten Grenzen.

Diese Grenzen kann die Arbeiterbewegung mit ihrer Streiktaktik aber nicht übersteigen, sie läuft vielmehr bei jedem Versuch, es zu tun (also bei ausgedehnten Streiks, welche die übliche Verzinsung des Kapitals bedrohen) in Gefahr, das Kapitalangebot noch mehr zu schwächen, als dies ohnehin von seiten der Kapitalisten zugunsten des Zinses geschieht. Die Macht zur Ausbeutung der Proletarier hat ja das Kapital nur infolge seines ungenügenden Angebotes, ja, die Produktionsmittel und alles „Realkapital“ sind überhaupt nur solange „Kapital“, können nur so lange Zins oder „Mehrwert“ abwerfen, als die Nachfrage nicht gesättigt ist. Sobald etwa mehr Kapital angeboten würde, als nötig ist, um alle Arbeitskräfte vollauf zu beschäftigen, d. h. sobald mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen würde, als Arbeitskräfte vorhanden sind, würde das Realkapital, würden die Produktionsmittel ihren „Kapitalcharakter“ verlieren, sich also nicht mehr „rentieren“, keinen „Mehrwert“ mehr von der Arbeit erpressen können.

**Also:** Nicht in der Verweigerung der Arbeit, nicht im Einschränken und Verhindern der Produktion und der Kapitalerzeugung liegt das Heil und die Erlösung der Arbeiterklasse, — sondern in der vollen Entfaltung und Entfesselung aller Kräfte der Arbeit und der Produktion. „Der Kapitalzins (Mehrwert) kann nur in einem „Meer von Kapital“ ersäuft werden.“ (Silvio Gesell.)

Aber — und dies ist wohl die beste Probe aufs Exempel — diese natürliche, ungehinderte Entfaltung aller volkswirtschaftlichen Kräfte bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit, bis zur gänzlichen Beseitigung der Arbeiter-Reserve-Armee (also der Arbeitslosigkeit) läßt ja das Geldkapital gar nicht zu, weil das ganze Land dann bald derartig mit Kapital (Realkapital) überschwemmt und gesättigt wäre, daß es mit dem Kapitalzins, dem Mehrwert, der Rentabilität, aus wäre. Die Arbeiter bekämen hohe Löhne, man würde sich um sie reißen, — die Lebenshaltung würde billiger, alles wäre wohlfeil zu kaufen — aber — für die Kapitalisten würde sich keine Kapitalsanlage mehr rentieren. Das Kapital hätte aufgehört, „Kapital“ zu sein.

Selbst wenn also alle Arbeiter eines Landes den Streik dauernd vermeiden und ununterbrochen arbeiten wollten, so würde doch das Geldkapital dies nicht einmal gestatten, sondern nun seinerseits „streiken“ (z. B. durch Zurückhaltung vom Angebot, Einschränkung der Kredite, zeitweilige Aussperrungen der Arbeiter, Abfluß des Kapitals ins Ausland usw.) und somit beizubringen die Arbeiter zur Einschränkung der Produktion und der

Kapitals-Erzeugung zwingen, d. h. eine „Krise“ heraufbeschwören, um einer „Überkapitalisierung“ vorzubeugen, damit die „Rentabilität“ (der Kapitalzins) nicht in Gefahr kommt. (Siehe die gegenwärtige Baukrise, um die „Rentabilität“ des Baukapitals zu schützen!)

Die „Wirtschaftskrise“, die erzwungene Arbeitslosigkeit, die künstliche Einschnürung der Volkswirtschaft sind also nötig, um den Kapitalzins herauszuholen! Diese Macht des Kapitals beruht — wie schon gesagt — einzig und allein auf unserem herkömmlichen Geldwesen, sie steht und fällt mit ihm! So lange die Arbeiter dieses nicht angreifen, bleibt es sich für die Volkswirtschaft ganz gleich, ob sie streiken oder nicht; was etwa durch unterlassene Streiks gewonnen wird, das wird dann eben durch die „Wirtschaftskrisen“ vernichtet. In beiden Fällen sind aber die Arbeiter die Leidtragenden.

Es erhebt sich nun die schwerwiegende Frage, ob die Arbeiter den Streik unbedingt und unter allen Umständen vermeiden sollen, und, wenn sie es tun, — ob sie sich dadurch nicht den Kapitalisten bedingungslos auf Gnade und Ungnade in die Hand geben.

Nun, es wurde ja hier bereits darauf hingewiesen, daß die Kapitalisten schon selbst zur rechten Zeit in den „Streik“ treten, um den Kapitalzins zu schützen. Die Interessen der Arbeiter liegen aber gerade in entgegengesetzter Richtung; sie haben es daher wahrlich nicht nötig, ihrerseits durch den Streik als Schutztruppe des Zinses, — der Rentabilität, — des Mehrwertes, zu fungieren und obendrein noch Polizei und Militär gegen sich ins Feld zu rufen!

Und der schonungslosen Willkür des Kapitals sind sie ohnehin auf Gnade und Ungnade ausgesetzt, so lange das heutige Geldwesen besteht.

Man könnte nun glauben, daß es der Streik den Arbeitern wenigstens ermöglicht, die Konjunktur auszunutzen und mit ihren Forderungen bis an die Grenze des Kapitalzinses durchzudringen. Aber auch diese Rechtfertigung der Streiktaktik erweist sich bei kaltblütiger Überlegung als unhaltbar. Nehmen wir z. B. an, in einer Branche würden viel Überschüsse erzielt, die Dividenden dieses Produktionszweiges wären hoch, die Aktien dieser Betriebe ständen hoch im Kurse, so lockt diese günstige Situation auch zweifellos konkurrierendes Kapital an, und die Konkurrenz der neuentstandenen Betriebe nivelliert bald genug die „Profitrate“. (Man denke z. B. an die rapide Vermehrung der Kaliwerke.) Ebenso wirkt natürlich eine etwaige Vergrößerung des Betriebskapitals und des Betriebes. Die Konkurrenz des Anlage suchenden Kapitals sorgt bereits dafür, daß den Arbeitern die Vorteile der Konjunktursoweit zuteil werden (z. B. durch erhöhte Nachfrage und Einstellung bisher Arbeitsloser usw.)



als dies unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems möglich ist, d. h. soweit es die Rentabilität der Betriebe zuläßt.

Würden nun die Arbeiter trotzdem streiken, so würde ihr Streik die Rentabilität bedrohen und entweder erfolglos verlaufen oder den finanziellen Zusammenbruch des Betriebes herbeiführen. Würden sie aber streiken, bevor das konkurrierende Kapital sich des betreffenden Industriezweiges bemächtigt hat, so würden sie den Streik verlieren, weil diejenigen Arbeitskräfte, die sonst von den neu entstandenen Konkurrenz-Unternehmungen beschäftigt würden, dann als arbeitslose Reserve-Armee bereitstünden, die Streikenden zu ersetzen, was natürlich die Position der Unternehmer unüberwindlich macht.

Es ist ja freilich immer möglich, daß die Arbeiter bei ihrer straffen Disziplin und der Größe ihrer Organisation hier und da kleine Augenblicks- und Schein-Erfolge erringen, die aber in gar keinem Verhältnis stehen zu den aufgewendeten Opfern der Arbeiterschaft.

Diese kleinen, nichtssagenden Tagesplänkeleien mit ihrer Pfennigfuchserei sind aber auch gar nicht maßgeblich. Für uns handelt es sich darum, die großen gesetzmäßigen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit aus dem Wirrwarr der Einzelercheinungen herauszufinden und sie denen aufzuzeigen, als deren Anwalt wir uns betrachten: dem arbeitenden Volke.

So groß also auch die Verantwortung ist — so sehr es auch der herkömmlichen Ansicht widerspricht: Hier stehe ich, — ich kann nicht anders, als zu erklären: Die ganze Streiktaktik ist hoffnungslos und aussichtslos!

Nur die physiokratische Grundbesitz- und Geldreform ist imstande, die Macht des Kapitals für immer zu brechen und jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu verschaffen.

Georg Blumenthal.

(Aus: „Der Physiokrat“, Nr. 1, 2. Jahrgang, 1913.)

# Der Geldstreik.

Sind stark auch die Waffen der Knechtschaft und des Bösen;  
Doch stärker die Geister, die kühn die Welt erlösen!

Der Zweck des Geldstreikes besteht darin, das bisherige Verhältnis von Angebot und Nachfrage zwischen Kapital und Arbeitskräften **dauernd** im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, d. h. hier, zugunsten der Arbeit, zu verändern, ein Ziel, das die Arbeiter nun schon seit Jahrzehnten durch das Mittel der Arbeitseinstellungen vergeblich zu erreichen trachten; — ein Ziel, nach dem aber auch alle anderen Berufe (z. B. Beamte, Lehrer, Ingenieure usw.) streben.

Die Arbeiter drehen sich mit ihrer Streiktaktik beständig im Kreise und begreifen nicht, daß sie, indem sie durch Arbeitseinstellung Kapital vernichten, zugleich immer das Angebot desselben schwächen. **Das Umgekehrte wäre richtig und wirklich „zielbewußt“.**

Erst wenn das Angebot von Kapital **dauernd** so groß ist, daß es das Angebot von Arbeitskräften **überholt** oder ihm wenigstens völlig gleich ist, erst dann hört das Kapital auf, Kapital zu sein, d. h. es wirft dann keinen Kapitalzins, keine Dividenden — keinen sogenannten Mehrwert mehr ab. Den Arbeitern aller Stände fällt dann der volle Ertrag ihrer Arbeit zu, bis auf die Grundrente, die durch unsere Grundbesitzreform gefaßt werden muß. Diese dauernde und naturgemäße Verschiebung in dem Verhältnis des Angebots zur Nachfrage, zwischen Kapital und Arbeit läßt sich aber nicht durch Streiks, ebensowenig durch den „Generalstreik“ herbeiführen; dazu bedarf es der von uns vorgeschlagenen und zu erstrebenden Änderung des Geldwesens.

Das Mittel, diese Änderung des bisherigen Geldwesens auch gegen den Willen der „Kapitalisten“ und Rentiers, also der sogenannten „Macht des Kapitals“ herbeizuführen, ist der Geldstreik.

Das herkömmliche kapitalistische Geldwesen ist es, das das Volk in „Klassen“ teilt, das den „Klassenstaat“ in seiner heutigen Form schuf, das noch immer Kapitalisten und Proletariat schafft, indem es den einen ohne eigene Arbeit bereichert und die anderen trotz rastloser Arbeit im Elend verkommen läßt. Es untergräbt und stört den natürlichen Verlauf — die natürliche Entwicklung und Ordnung in der Volkswirtschaft und dadurch auch die der gesellschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander.

Deshalb wollen wir unter Anwendung des Geldstreiks das kapitalistische Geldsystem beseitigen, indem wir das kapitalistische (also bisherige Geld) aus dem Verkehr, aus der Zirkulation überhaupt verdrängen und es durch das physiokratische Reformgeld ersetzen.

Zur Durchführung des Geldstreikes bedarf es keiner Arbeits-einstellung, keines „Generalstreikes“, keiner Kämpfe mit der bewaffneten Macht —, ja, es ist nicht einmal zu kontrollieren, wer sich aktiv am Geldstreik beteiligt. Der Geldstreik ist allen bisherigen Methoden und Kampfmitteln der Arbeiterbewegung so überlegen, wie das moderne Infanteriegewehr der Keule des Wilden!

Es genügt der feste Entschluß, der zielbewußte Wille der Arbeiter aller Stände, — des arbeitenden Volkes überhaupt, um das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem hinwegzufegen.

Die Arbeiter aller politischen Richtungen, aller Berufe und Stände, ja — aller Konfessionen, können sich am Geldstreik beteiligen, können in diesem Ziele einig sein. Hier braucht man kein politisches Programm zu unterschreiben, hier wird keine Gewissensklausel aufgestellt und in keiner Weise in persönliche Angelegenheiten und Anschauungen eingegriffen. Auch die bestehenden Organisationen werden durch den Geldstreik in keiner Weise angetastet oder verändert; sie sollen im Gegenteil die Stützpunkte des ganzen Planes abgeben. Hier fragt es sich für alle nur: Soll das arbeitende Volk, sollen wir selbst, unsere Frauen und Kinder, ja unsere Enkel und Urenkel, bis in alle Ewigkeit durch das bestehende Geldwesen weiter beraubt, ausgesogen und dauernder Armut preisgegeben sein — oder nicht?

Und auf diese Frage kann es doch wohl überhaupt nur **eine** Antwort geben, eine Antwort so millionenstimmig und machtvoll, so wuchtig und entschieden, daß vor ihrem brausenden Ton all die kleinlichen Zänkereien und Streitigkeiten um nichtige Prinzipienreitereien verstummen müssen.

Als Operationsbasis kämen also in dem Feldzug gegen die bisherige Mammonsherrschaft in erster Linie die bestehenden Arbeiterorganisationen in Betracht; ferner die Berufsvereinigungen der technischen Stände, der Ingenieure, Techniker, Lehrer usw.; desgleichen die Verbände der Staats- und Gemeindearbeiter und Handwerker, ja — wenn sie es wagen — die Beamtenvereinigungen, denn auch die Beamten sind Arbeiter, wenn auch im Dienste des Staates. Kurz, es können sich am Geldstreik mit gutem Gewissen beteiligen alle, die geistige oder körperliche Arbeit leisten; denn sie alle haben ein Recht auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit. Auch die Gelehrten-Berufe sind davon nicht ausgeschlossen, soweit sie nicht vom arbeitslosen Einkommen soviel Einnahmen haben, daß ihr eigenes Interesse es ihnen verbietet. Aber auch alle sonstigen Freunde der sozialen Gerechtigkeit können sich daran beteiligen, um die Wirkung des Geldstreikes zu verschärfen.

Selbstverständlich hätte dem ganzen Unternehmen eine entsprechende Aufklärungsarbeit und Propaganda bei den Führern der Arbeiterverbände und -Organisationen aller Richtungen vorausgehen, wie wir es ja durch den „Physiokrat“ bereits bei

allen deutschen und — soweit sie uns bekannt sind — auch bei den ausländischen Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften tun. Später wird dann durch einen Kongreß eine Verständigung und Stellungnahme zum Geldstreik herbeizuführen sein.

Sodann wären alle irgendwie organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihre Verbands-, Gewerkschafts- oder Vereinspresse fortlaufend über den Geldstreik, d. h. über seinen Zweck und Nutzen, sowie über seine Ausführung zu unterrichten, wozu sich ja u. a. der Abdruck der im „Physiokrat“ über dieses Thema erscheinenden Artikel sehr gut eignen würde.

Zum Schlusse würden dann all diesen Zeitungen Stimmzettel beigelegt, auf denen jeder durch Namensunterschrift erklärt, ob er für den Geldstreik eintreten will, ferner bis zu welchem Betrage seines Lohnes, Gehaltes oder — wenn er welche hat — seiner Ersparnisse. Diese Zettel werden dann an den Schriftführer oder Kassierer der betreffenden Organisation eingesandt — eventuell auch direkt an das „physiokratische Executiv-Comité“, und sobald sich eine nennenswerte Beteiligung zeigt, kann der Anfang gemacht werden.

Es ist ganz klar, daß der Geldstreik nicht sogleich zu einem Siege des neuen Geldes führen kann.

Wie kein Feldherr einen Krieg mit einer ungeschulten Armee unternimmt, sondern jeder Soldat schon in den Manövern daran gewöhnt und daraufhin ausgebildet wird, sich in den schwierigen Situationen eines wirklichen Krieges zurechtzufinden, so müssen auch wir, das arbeitende Volk, schon jahrelang durch Manöver und Instruktionen uns für den wirtschaftlichen Befreiungskampf vorbereiten und das Vertrauen in den Feldzugsplan und seine Durchführbarkeit festigen.

Wir werden also zunächst damit zu beginnen haben, daß wir kleine Banknotentaschen herstellen lassen, welche mit Mustern der verschiedenen Geldarten (also mit Kleingeld und Scheinen zu 1,—, 10,—, 100,— und 1000,— Mk.) gefüllt sind und auch zugleich in Form eines kleinen Abreißblockes die Kurstabelle für das Geld enthalten. Diese Muster werden wir allen Arbeitersekretariaten mit entsprechenden Erläuterungen senden und sie ebenso allen Freunden unserer Bestrebungen als Belehrungs-, Übungs- und Propaganda-Mittel zur Verfügung stellen.

Sodann werden wir mit Hilfe der bestehenden Arbeiterorganisationen und aller sonstigen Berufsvereinigungen, die dafür sind, möglichst jährlich ein Geldstreikmanöver unternehmen.

Bei diesen Manövern sowohl, wie auch im Ernstfalle des Geldstreikes wird also die **Arbeit keineswegs unterbrochen**; es wird im Gegenteil möglichst intensiv weitergearbeitet. Das in den Verkehr gelangende Reformgeld wirkt ohnehin belebend auf den Arbeitsmarkt. Aber am Löhnungstage gehen die Arbeiter nach den Zahlstellen ihres Verbandes oder ihrer Gewerkschaft und **wechseln das Geld, welches sie erhalten haben, gegen Reform-**

**geld um**, während ihr bisheriges Geld unter Verschluß genommen wird. Sobald sich erst die Verbände der Staatsarbeiter, der technischen Stände und die Beamtenvereinigungen an der Sache beteiligen, wäre darauf zu achten, daß der Anfang des Geldstreikes möglichst auf den ersten Tag eines Quartals fällt, damit möglichst große Summen des neuen Geldes eingewechselt und in Umlauf gebracht werden können. Am besten würde sich immer das letzte Quartal (Oktober bis Dezember) für den Geldstreik eignen, weil der Geldumlauf da am größten ist. Das physiokratische Reformgeld wäre natürlich mit all den Vorsichtsmaßregeln und der Sorgfalt herzustellen, die nötig ist, um Fälschungen zu verhüten, wie dies ja bei Aktien und Wertpapieren gleichfalls geschieht. Andererseits muß die Benennung und Ausführung der Geldscheine eine solche sein, daß ein Konflikt mit den Gesetzen vermieden wird.

Mit diesem, bei den Verbands-, Gewerkschafts- oder Vereinskassierern eingewechselten Gelde bezahlen nun die Arbeiter und ihre Frauen die Einkäufe in den Geschäften, die Mieten usw. Natürlich wird das neue Geld zunächst auf Mißtrauen stoßen; aber die öffentliche Meinung, die nun bereits vorbereitet ist, wird sehr bald aufgeklärt sein, und man wird wissen, daß das neue Geld einstweilen bei den zuständigen Zahlstellen wieder gegen gewöhnliches Geld umgewechselt werden kann, sobald das Geldstreik-Manöver beendet ist. Zudem zwingt die Natur der Waren (ihre Verderblichkeit, Mode usw.), sowie die eigenen Zahlungsverpflichtungen die Geschäftsleute ja dazu, ihre Ware unter allen Umständen umzusetzen. Und wenn sie von ihrer Kundschaft (z. B. in Arbeitervierteln der Städte oder in Industriebezirken) eben kein anderes Geld erhalten können, so werden sie es schließlich nehmen müssen und ihrerseits versuchen, die Lieferanten, die Miete usw. damit zu bezahlen. Ebenso könnten die Arbeiter durch den Boykott die beschränkten, kurzsichtigen und widerspenstigen Kaufleute zwingen, den Geldstreik durch Annahme des Reformgeldes zu unterstützen, oder durch Zuwendung ihrer Kundschaft die Geschäftsleute veranlassen, eventuell selbst Zahlstellen für das Reformgeld zu übernehmen. Und auch die Lieferanten, die Fabrikanten, die Hauswirte — sie alle wären vor dieselbe Wahl gestellt: **entweder das Reformgeld, oder gar keins!** Und da sie wissen, daß — solange es noch erforderlich ist, d. h. solange der Geldstreik noch nicht siegreich durchgeführt ist — es sich also nur um ein Manöver handelt — sie nach Beendigung desselben das Reformgeld wieder in gewöhnliches, kapitalistisches Geld umwechseln können, so werden auch sie während des Generalstreik-Manövers das Reformgeld nehmen und es auch ihrerseits wieder weitergeben, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. So zieht nun die Zirkulation des Reformgeldes wie ein Strudel immer größere Kreise, und auch die im Umlauf befindliche Masse desselben vermehrt

sich täglich infolge seiner andauernden Ausgabe anstelle des bisherigen Geldes, welches in gleichem Maße unter Verschluß genommen wird und aus der Zirkulation, aus dem Verkehr verschwindet.

Die im Umlauf befindliche Gesamtsumme des Reformgeldes ist also immer genau ebenso groß, wie die des aus dem Verkehr gezogenen und unter Verschluß genommenen gewöhnlichen Geldes. Aber schon jetzt würde sich eine ganz bedeutende Steigerung des Geschäftsverkehrs (zunächst freilich nur im Detailhandel) und eine größere Lebhaftigkeit auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, denn das Reformgeld zirkuliert eben schneller wie das gewöhnliche Geld, sowohl infolge seines Kursverlustes, wie des etwa noch vorhandenen Mißtrauens, weshalb es jeder möglichst bald weitergibt. Diese schnellere Zirkulation wirkt aber ebenso, wie eine Vermehrung der im Umlauf befindlichen Geldmasse. Es würde also während des Geldstreikes sogar intensiver gearbeitet werden als vorher, d. h. Leute, die sonst schwer oder gar keine Arbeit finden, würden zum Teil sogar Arbeit haben. Das Geldstreik-Manöver kann also, weil niemand dabei Not leidet, solange ausgedehnt werden, bis die Zirkulation des Reformgeldes auf harten, unüberwindlichen Widerstand stößt, was an den Schaltern der Reichsbank und den Kassen der Behörden (Post, Eisenbahn und Steuer) eintreten wird.

Um nun festzustellen, ob solche Widerstände bereits wirksam und auch — bei dem jeweiligen Stande des Geldstreikes — wirklich unüberwindlich sind, bedarf es einer genauen Beobachtung des Umlaufes an Reformgeld, sowie der Zu- oder Abnahme seiner weiteren Ausgabe an den Zahlstellen.

Da die Ausgabe des Reformgeldes an die verschiedenen Organisationen oder deren Kassenstellen notwendigerweise von einer Zentralstelle aus stattfinden muß, die sich vielleicht als „Physiokratische Geldzentrale“ konstituieren könnte, so wären dieser Zentralstelle fortlaufend von allen Zahl- und Wechselstellen die Summen des von ihnen in Umlauf gebrachten Reformgeldes mitzuteilen.

Die Zentrale hat auf diese Weise eine genaue Kontrolle darüber, wieviel Reformgeld überhaupt im Lande umläuft, und weiß dadurch auch zugleich, wieviel kapitalistisches Geld sich unter Verschluß befindet, also (auf Grund vorher getroffener Vereinbarung) gegebenenfalls zu ihrer Verfügung steht. Ferner hat sie daran einen Gradmesser für das Vertrauen und die Stimmung im Volke und kann, je nachdem, ob noch weiter Reformgeld an den Zahl- und Wechselstellen verlangt wird oder nicht, ermessen, ob der Geldstreik noch weiter zu führen oder als „Manöver“ abzubrechen ist.

Ist nun die unter Verschluß gebrachte Gesamtsumme des kapitalistischen Geldes (also Gold, Silber, Reichs-Kassenscheine



und -Banknoten) zwar noch nicht groß genug, um den beabsichtigten Schlag gegen das kapitalistische System mit sicherem Erfolge führen zu können, besteht aber die Nachfrage nach Reformgeld weiter, so ist auch der Geldstreik unverändert weiterzuführen, und zwar solange, bis die Gesamtsumme des in den Verkehr gebrachten Reformgeldes groß genug ist, um mit Hilfe weiterer, noch zu erörternder Maßnahmen das kapitalistische Geld völlig zu verdrängen. Hört dagegen die Nachfrage nach Reformgeld allgemein auf, bevor genügende Summen im Verkehr und genügend viel kapitalistisches Geld eingefangen ist, so ist dies ein Zeichen, daß Widerstände vorhanden sind, die auf Grund des bisherigen Umfangs und der bisherigen Teilnahme am Geldstreik tatsächlich einstweilen noch unüberwindlich sind. Die Zahl- und Wechselstellen wären nunmehr anzuweisen, alles während des Geldstreik-Manövers unter Verschuß gehaltene kapitalistische Geld gegen Rückgabe eines gleichen Betrages in Reformgeld (abzüglich des Kursverlustes von 1% für jede Woche) bereitwillig und anstandslos herauszugeben; ihrerseits aber das so zurückerhaltene Reformgeld gegen Rückgabe der s. Z. ausgestellten Quittungen an die Zentralstelle abzuliefern.

Das Manöver wäre auf diese Weise beendet, aber die öffentliche Meinung zugleich wachgerüttelt und für die Sache interessiert. In den unheilvollen „Goldwahn“ wäre eine Bresche gelegt, und das Thema würde nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Man würde überall darüber diskutieren; gleichviel, ob dafür oder dagegen; aber man würde sich nun wenigstens plötzlich allgemein um das Geldwesen und um die so arg vernachlässigte Währungsfrage kümmern. Und schon damit allein wäre viel gewonnen, denn alle Erörterungen über dies Thema können uns nur zum Vorteil gereichen und bringen uns schneller vorwärts als jahrzehntelange, nur theoretische Agitation.

Es käme nun darauf an, dafür zu sorgen, daß sich die Öffentlichkeit dauernd mit der Frage der Geldreform und des Geldstreikes beschäftigen muß. Das Geldstreik-Manöver wäre also in jedem Jahre zu wiederholen, und zwar solange, bis die Beteiligung so groß ist, daß eine Entscheidung herbeigeführt werden kann.

**Und eines Tages wird sie groß genug sein!** Das Publikum hat sich davon überzeugt, daß das Reformgeld zirkulationsfähig ist, und zwar in vollkommenerem Maße als jedes andere Geld; es hat sich von der Ehrlichkeit der Absichten der Geldzentrale überzeugt, als nach Beendigung des Streik-Manövers jeder sein Reformgeld anstandslos gegen gewöhnliches Geld umgetauscht erhielt; das ganze Volk hat vor allen Dingen inzwischen begriffen, um was es sich bei der Geldreform und dem Geldstreik eigentlich handelt. „Für oder gegen die Geldreform“, das wird die Parole jener Tage sein; „für den Kapitalismus und die Aus-

beutung oder für die Physiokratie und soziale Gerechtigkeit“, die Frage, um die sich alles dreht. Und wenn das arbeitende Volk, wenn die Arbeitermassen erfahren, daß sie allein für die Verzinsung des Kapitals **15 000 Millionen Mark jährlich** aufbringen müssen, ohne den Schaden, der dadurch entsteht, daß dieser Kapitalzins nur durch unnatürliche Hemmungen der Volkswirtschaft und durch Wirtschaftskrisen aufrecht erhalten werden kann — dann wird es kein Halten mehr geben, dann werden Millionen von Arbeitern aller Stände und Berufe empört die Beseitigung dieses Systems fordern und zur Entscheidung drängen.

So wird eines Tages die Beteiligung an dem Geldstreik so groß sein, daß nunmehr auch wirklich Ernst damit gemacht werden kann. Statt der bisherigen Manöver wird nunmehr der wirkliche Krieg gegen den Kapitalismus ausbrechen, ein Geldkrieg.

Es kommt nun darauf an, gleich von vornherein möglichst viel Reformgeld in den Verkehr zu bringen und dadurch natürlich ebensoviel kapitalistisches Geld einzufangen.

In gleichem Maße verschieben sich nun auch die Machtverhältnisse zwischen dem neuen und dem alten Gelde. Während bisher unser physiokratisches Reformgeld vielleicht vergeblich in der Zirkulation gegen die kapitalistischen Geldmassen ankämpfte, könnte ihm nun, infolge größerer und zunehmender Beteiligung die Geldzentrale immer mehr, immer größere Summen von Reformgeld als Hilfsgruppen nachsenden, während die kapitalistische Geldmasse immer im gleichen Betrage und Umfange geschwächt, am Umlauf verhindert und unter Verschuß gebracht würde.

Die großen Verbände, Gewerkschaften und sonstige Organisationen, die doch wohl alle ihr Konto bei irgend einer Großbank haben, müßten nun darauf dringen, daß die Banken besondere Schalter für den Reformgeld-Verkehr einrichten und sich gleichfalls mit einem Posten Reformgeld versehen, wofür sie wiederum den gleichen Betrag gewöhnlichen Geldes herzugeben hätten. Das Publikum, das der Geldreform sympathisch gegenübersteht, könnte nun zur idealen, moralischen und materiellen Unterstützung des Geldstreikes sich Beträge, die es bei der betreffenden Bank abhebt, in Reformgeld ausbitten. Andererseits könnten auch die Organisationen ihre eigenen Depots abheben, die Beträge (es handelt sich hier um riesige Summen) sich in gewöhnlichem Gelde auszahlen lassen und dieses gleichfalls unter Verschuß nehmen, während sie selbst ihren Verpflichtungen nur noch in Reformgeld nachkommen. Es handelt sich also immer darum, möglichst viel kapitalistisches Geld festzuhalten und dafür Reformgeld in den Verkehr zu bringen. Desgleichen würde nun jeder, dem es mit seinem Entschluß ernst ist, und der zu einer siegreichen Durchführung des Geldstreikes beitragen will, alles, was ihm noch an Gehalt, Lohn, Guthaben, Ersparnissen,

Forderungen, Depots usw. erreichbar ist (etwaige im Besitz befindliche Wertpapiere usw. wären zu verkaufen) zusammenraffen und den Betrag in Reformgeld umwechseln.

Als Preußen einst die Fremdherrschaft abschütteln wollte, da gaben Frauen und Mädchen ihr Haar, ihre Goldsachen her für eiserne Ringe mit der Inschrift „Gold gab ich für Eisen“. Und ist die Mammonsherrschaft nicht entwürdigender, unheimlicher und schädlicher als die Napoleons? Also wird man eines Tages danach handeln und auf seine Geldtasche schreiben: „Gold gab ich für Papier“.

Getragen von solcher Begeisterung und Entschlossenheit des Volkes brauchte man nun nicht mehr zu zögern, dem kapitalistischen Geldsystem und Träger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Todesstoß zu geben.

Die physiokratische Geldzentrale, die schon vorher unter Anrechnung des bereits im Umlauf befindlichen Reformgeldes ihren Vorrat auf die Höhe der Gesamtsumme alles vorhandenen kapitalistischen Bargeldes gebracht hat (in Deutschland etwa 8 Milliarden), beobachtet auf Grund der ihr fortlaufend zugehenden Berichte der Zahlstellen andauernd und scharf die Situation. Sobald sich nun der Umlauf des Reformgeldes soweit gesteigert hat (sich also genügend kapitalistisches Geld unter Verschluß befindet), um des Erfolges sicher zu sein, läßt sich die Geldzentrale auf Grund vorher getroffener und allgemein bekannter Vereinbarungen alles bisher unter Verschluß gebrachte kapitalistische Geld von den Zahlstellen oder den Hauptkassen der beteiligten Organisationen ausliefern, eventuell durch Deligierte persönlich überbringen. Diese erhalten von der Geldzentrale als Bestätigung der erfolgten Ablieferung die seiner Zeit von ihren Organisationen beziehungsweise deren Kassierern ausgestellten Quittungen über die gleichen Summen des ihnen von der Zentrale gelieferten Reformgeldes zurück. Über etwa noch nicht ausgegebene Beträge an Reformgeld, die noch für weiteren Bedarf in den Zahlstellen zurückbleiben, sind Bestätigungen von seiten der Zahlstellen-Inhaber beizubringen.

Die Geldzentrale geht nunmehr zum direkten Angriff auf die Hochburg der Goldwährung — dieser Hauptstütze des Kapitalismus — über. Sie präsentiert nämlich sämtliche in ihrem Besitz befindliche Banknoten der Reichsbank zur Einlösung in Gold, und zwar an der Hauptkasse der Reichsbank, die zur Einlösung in deutschen, geprägten Goldmünzen verpflichtet ist, sowohl auf Grund der Inschrift ihrer Banknoten (also der 20-, 50-, 100- und 1000-Markscheine), wie auch laut Gesetz vom 14. März 1875, § 18 des Bankgesetzes\*).

---

\*) Diese Einlösungspflicht wurde im August 1914 „suspendiert“ und seitdem nicht wieder hergestellt. Dementsprechend mußte natürlich auch unsere Taktik sich ändern.

Bader.

Hierdurch wird nicht nur der Goldvorrat der Reichsbank (die übrigens eine Privat-Aktiengesellschaft — wenn auch unter staatlicher Kontrolle — ist) aufs neue ganz enorm geschwächt, sondern der Vorstoß der Geldzentrale hat noch eine weitere, gewaltige Wirkung. Die Reichsbank muß nämlich, da sie nach Abgabe einer so großen Goldmenge nun nicht mehr die vorschriftsmäßige Drittel-Deckung in Gold für ihre umlaufenden Banknoten hat, den zweifachen Betrag an Banknoten aus dem Verkehr ziehen, der ihr an der Drittel-Deckung fehlt.

Infolge des Geldstreikes, der große Mengen an Goldmünzen in Gewahrsam der Geldzentrale brachte, dürfte sie ohnehin kaum noch die erforderliche Golddeckung für ihre Noten haben. Präsentiert ihr die Geldzentrale also z. B. 500 Millionen in Banknoten (also 20-, 50-, 100- und 1000-Markscheine) zur Einlösung in Gold, so müßte die Reichsbank zugleich den zweifachen Betrag (also 1 Milliarde) an eigenen Banknoten einziehen, beziehungsweise weniger ausgeben, was ohne Zweifel ihren Zusammenbruch herbeiführen würde. Andererseits würde im selben Umfange, d. h. im Betrage von 1 Milliarde Mark die Zirkulationsbahn für das Reformgeld freiwerden, d. h. die Geldzentrale kann jetzt in Gesamthöhe dieses Betrages alle Wechsel, die die Reichsbank nun nicht mehr diskontieren kann, ihrerseits — und zwar mit Reformgeld — diskontieren usw. Mit dem Zusammenbruch der Reichsbank würde zugleich das Schicksal der Goldwährung besiegelt sein, die sich ohnehin nur durch Zuhilfenahme von Banknoten (die in Wahrheit Papiergeld sind) halten kann.

Aber nicht genug damit: Die physiokratische Geldzentrale hat dem arbeitenden Volke die Beseitigung des Kapitalismus versprochen, sie will ihn mit Stumpf und Stiel ausrotten. Deshalb muß sie gründliche Arbeit machen und unternimmt zu diesem Zwecke folgenden welthistorischen Schritt: Im Beisein aller Delegierten der beteiligten Organisationen schmilzt sie alles geprägte Gold, das sie in ihrem Gewahrsam hat (also das von der Reichsbank erhaltene, sowie das von den Delegierten überbrachte), einschließlich des Silbers ein, und zwar in Barren zu ein Kilogramm „Fein“. Das Silber wird allmählich für industrielle Zwecke verkauft, während man das Gold für den Außenhandel reserviert, solange die Geldreform noch nicht international durchgeführt ist. Die Import-Kaufleute, die zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten im Auslande noch Gold haben müssen, könnten nun solches gegen Bezahlung mit Reformgeld in Barren zu ein Kilogramm von der Geldzentrale beziehen. Also auch sie müßten sich mit Reformgeld versehen und es selbst vorher in Zahlung nehmen, um Gold für den Handel mit dem Auslande zu erlangen, denn Goldbestände hat jetzt nur noch die physiokratische Geldzentrale.

Damit dürfte der Geldstreik siegreich beendet sein, denn nachdem durch den Zusammenbruch der Reichsbank auch die übrigen Großbanken (die ihre Reserven dort meistens auf Girokonten deponiert haben) klein beigeben mußten, können sich nun auch die Staats- und Gemeindekassen nicht mehr der Anerkennung und Aufnahme des neuen Geldes verschließen.

Aber man stelle sich einmal vor, welche Wirkung es haben würde, wenn das Gerücht um den Erdball fliegt: Die deutschen Arbeiter haben ihren Geldstreik siegreich durchgeführt und heute X Millionen geprägtes Gold eingeschmolzen! Nicht nur die deutschen Arbeiter selbst, deren Überzeugungstreue und tapfere Entschlossenheit diesen Sieg über den Götzen der Welt möglich machte, nein die Arbeiter der ganzen Welt werden in eine unbeschreibliche Erregung geraten und auch ihrerseits daran gehen, das goldene Kalb zu zertrümmern. Nicht nur das deutsche Volk, nein alle Völker der Erde würden jubeln, wenn der tausendjährige Fluch, die Geld- und Zinssklaverei von ihnen genommen würde.

Und alle, die jenen denkwürdigen Tag erleben, sie werden es im Herzen fühlen und mit dem Verstande es begreifen, daß hiermit ein neues Zeitalter geboren wurde: das Zeitalter der Gerechtigkeit und Freiheit — der natürlichen Ordnung.

#### Nachwort des Verfassers:

Theoretisch läßt sich gegen die Durchführbarkeit des Geldstreikes nichts einwenden. Dieser Streik steht auf allen Vieren in Übereinstimmung mit dem sogenannten Gresham-Gesetz\*), jenes merkwürdigen Spieles der Kräfte, das dem als Ware schlechteren Geld im Wettbewerb mit dem Gold den Sieg mit absoluter Sicherheit zuweist.

Durch den Geldstreik kann also das arbeitende Volk ohne Arbeitseinstellung — ohne Kapitalsvernichtung — erzielen, was es durch die bisherige Streiktaktik immer vergebens zu erreichen versucht hat — nämlich die dauernde Verschiebung des Angebotes und der Nachfrage zwischen Kapital und Arbeitskräften. Unser Reformgeld unterliegt nämlich infolge des Verlustes, den es beständig erleidet, einem fortwährenden Angebots- und Zirkulationszwange (nicht zu verwechseln mit Zwangszirkulation). Dieser fortwährende Angebots- und Zirkulationszwang bewirkt es, daß niemand — auch kein Kapitalist —, keine Bank dies Geld aus dem Verkehr ziehen, zurückhalten oder seine Ausgabe von einer Verzinsung abhängig machen kann. Wer als Unternehmer, Arbeiter, Fabrikant, Beamter oder sonstwie Ersparnisse macht, also Überschüsse erzielt, muß — um nicht durch den beständigen

---

\*) Gresham konstatierte als erster die Tatsache, daß von den in einem Lande kursierenden Geldsorten immer das bessere „Geld“ über die Grenze ins Ausland strömt und das „schlechte“ im Lande bleibt.

Kursverlust Schaden zu haben, sein Geld immer wieder ausgeben. Er kann auch sparen, aber nicht, indem er dadurch seinen Mitmenschen schädigt, ausbeutet, Zinsen oder Dividenden bezieht — sondern die Bank, der er sein Geld zur Verwaltung übergibt, wird dies Geld zuletzt nur noch zinslos annehmen, denn auch sie kann es nicht im Interesse des Zinses, der Dividenden und der Rentabilität seiner Anlage vom Umlauf, d. h. vom Ausgeben zurückhalten, da sie ja sonst ihrerseits den Kursverlust des Geldes zu tragen hätte. Die einzige Möglichkeit, sich vor dem fortwährenden Verlust, dem das Geld unterliegt, zu schützen, sein Vermögen, seine Überschüsse oder Ersparnisse also gleichsam zu konservieren und somit in unverändertem Umfange oder Betrage zu erhalten, liegt darin, es der Volkswirtschaft sofort zur Verfügung zu stellen; es also für Unternehmungen und Betriebe aller Art, Bauten usw. herzugeben. Selbstverständlich bleibt der Einzahler immer Eigentümer seines Geldes und ist berechtigt, im Falle eigenen Bedarfes — ganz wie heute — die Rückzahlung derselben Summe nach den jeweils vereinbarten Bedingungen zu verlangen; jedoch ohne Verzinsung, ohne Dividende und dergleichen, denn diese werden nunmehr durch allgemeine Lohnerhöhungen der Arbeiter und sonstwie in Betrieben angestellten aufgesogen. Die durch das Reformgeld bewirkte, fortwährende und sofortige Anlage aller erarbeiteten Geldüberschüsse in Realkapital (also Fabriken, Schiffe, Maschinen, Häuser, landwirtschaftliche Betriebe usw.) bedeutet nämlich eine sich in gleichem Maße beständig steigernde Nachfrage nach Arbeitskräften. Infolge der täglich erarbeiteten Überschüsse wird die Nachfrage nach Arbeitern, Technikern, Ingenieuren, Lehrern, Beamten, Handwerkern usw. eben auch täglich größer werden und immer die Neigung haben, das Angebot zu überholen; denn auch das einmal entstandene Realkapital unterliegt sowohl kaufmännisch wie technisch dem Angebotszwange; technisch insofern, als es Arbeitskräfte gebraucht für seine Benutzung und Instandhaltung; kaufmännisch, indem es sich den Konsumenten zur Befriedigung ihrer Nachfrage zur Verfügung stellen muß durch seine Funktion, und zwar auf Grund verschärfter Konkurrenz zu entsprechend günstigeren Bedingungen (Preisen).

Auf diese Weise würden die Löhne der Arbeiter ganz bedeutend steigen, so daß zuletzt kein Zins, keine Dividende — kein „Mehrwert“ oder „Profit“ für die Kapitalisten mehr übrig bliebe. Wenn der Kapitalist freilich zugleich Unternehmer oder Betriebsleiter ist, so fällt ihm in dieser Eigenschaft natürlich ein entsprechender Verdienst zu, der dann eben sein Lohn für seine Tätigkeit (also kein arbeitsloses Einkommen, kein „Mehrwert“) ist. Der Arbeitslohn eines Betriebsleiters wird (infolge des für diesen Posten geringeren Wettbewerbes geeigneter Personen) zwar meistens größer sein als der eines Handlangers, da aber der Handlanger soviel als Lohn erhält, als er durch seine Tätig-



keit überhaupt in dem Betriebe nützt oder auf sein Teil an Waren hervorbringt, so liegt auch ihm gegenüber keine „Ausbeutung“ mehr vor. Das Kapital und der Kapitalist, der weiter nichts tut, als sein Geld herzugeben, gehen leer aus; der Kapitalist hat weiter keine Ansprüche, als die auf das hergegebene Geld, das er je nach Bedarf und Vereinbarung zurückfordern kann, jedoch ohne „Profit“, Zins, Dividende und dergleichen. Hätte er sein Geld nicht für die Schaffung von Realkapital hergegeben, es nicht der Arbeit und Produktion oder dem Handel zur Verfügung gestellt, so wäre es sogar bedeutend zusammengeschmolzen infolge des Kursverlustes. Die Lohnsteigerungen der Arbeiter sind nun, nach der Geldreform aber real, d. h. wirkliche, also nicht mehr nominell, wie dies heute der Fall ist, denn infolge der sachgemäßen Verwaltung des Reformgeldes gibt es keine Preisschwankungen mehr; dieses Geld „währt“ wirklich, man hat dann eine wirkliche „Währung“. Der Reallohn der Arbeiter erhöht sich aber auch dadurch (und zwar ganz beträchtlich), daß alles, was man kauft, viel billiger ist als vor der Geldreform, weil nichts mehr mit Kapitalzins und hohen Handelsspesen belastet ist. Alle Preise bestehen nur noch aus Löhnen. Wenn nun durch die von uns gleichfalls erstrebte Grundbesitz-Reform auch noch die Grundrente jedermann zu gleichen Teilen zugute kommt, so ist die Ausbeutung restlos beseitigt, und jeder hat das, was ihm zukommt: nämlich den vollen, ungeschmälerten Ertrag seiner Arbeit.

Die bisher stets im Interesse des Kapitalzinses künstlich gehemmte und eingeschnürte Volkswirtschaft würde sich nun erst voll und ganz entfalten, nun erst ihren natürlichen Verlauf nehmen und das ganze Volk zu ungeahntem Wohlstand, allgemeiner Kultur und Bildung gelangen. Es gäbe zwar keine „Klassen“, keine Kapitalisten und Rentiers mehr, sondern nur noch Arbeiter: aber diese Arbeiter wären keine „Proletarier“ mehr, sondern zugleich die Besitzer und Eigentümer der Produktionsmittel, mit denen sie arbeiten. Diese Arbeiter im Verein mit allen denen, die geistig arbeiten, können dann mit Recht von sich sagen: „Der Staat? — das sind wir!“

Zu diesem Ziel führt uns also der Geldstreik, und um ein solches Ziel lohnt sich doch wohl der Kampf!

Darum — Arbeiter aller Stände — aller Berufe — aller Richtungen: Im Zeichen des Geldstreikes seid einig — einig — einig!

(Aus: „Der Physiokrat“, Nr. 5, 1. Jahrg., 1912.)

# Die Tat.

Georg Blumenthal ist tot. Seine Gedanken sind lebendig.

In den Jahren 1912/13 schrieb Blumenthal diese Aufsätze. Fast zwölf Jahre später, im Januar 1924 beriet Blumenthal mit am Programm des fysiokratischen Kampfbundes, der für Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld, wie das „Reformgeld“ genannt wird, kämpft. Und mit diesem Programm bekannte sich der FKB neben anderen Kampfmitteln zu dem neuen Kampfmittel des „Geldstreikes“.

Aber es ist nicht notwendig, daß man Mitglied des FKB ist, um das Freigeld anzunehmen und dabei mitzuwirken, das kapitalistische Geld durch das neue Geld der Arbeit aus dem Verkehr zu verdrängen.

Hier bei dieser Aktion können ja eigentlich alle ohne Schaden mitmachen — ohne Schaden für ihr Vermögen\*) und für ihre politischen oder gewerkschaftlichen Bindungen und ohne Schaden auch für die weiteren, umfassenderen Ziele der Fysiokraten.

Wer überhaupt die kapitalistische Geldmacht brechen will, kann ohne weiteres den Geldstreik mitmachen.

An alle ergeht der Ruf zum Geldstreik!

Der FKB hat demgemäß die Führung dieser Aktion im Jahre 1929 verselbständigt, und aus dieser Verselbständigung ist die Tauschgesellschaft entstanden.

Es wurden wiederholt Versuche gemacht, das Freigeld auch ohne Aufklärung über seinen Zweck, ohne Zuhilfenahme politischen Willens in den Verkehr zu bringen, sei es, daß man es auf rein privat-kaufmännischem Wege versuchte, sei es, daß man es im Verwaltungswege glaubte lancieren zu können. Bevor diese Versuche erweisen konnten, ob es möglich sei, ohne politische Aktivität seiner Anhänger Freigeld in Umlauf zu setzen, wurden sie alle vom Staate unterdrückt.

Ob nun ein Bürgermeister, ermutigt durch die Schrecken der Inflationszeit, das Freigeld als Notgeld seiner Stadt einzuführen suchte, ob die Form eines Schecks mit Schwund gewählt wurde, der nur zum Abgewöhnen noch auf Gold lautete, immer schlug uns ein Verbot den Keim des Freigeldes tot.

Mit erstaunlicher Schnelligkeit arbeitete der wachsame Staat, sobald er nur ein Gesetz herausfinden konnte, das anwendbar war. Und er konnte bisher immer eins finden. Der so einfache Satz Blumenthals: „Andererseits muß die Benennung und Ausführung der Geldscheine eine solche sein, daß ein Konflikt mit den Gesetzen vermieden wird“, war offenbar in der Praxis nicht so leicht auszuführen.

Und doch mußte es einen Weg geben, auf dem man vorwärts kommen konnte, ohne beim ersten Schritt gleich immer von Gendarmen arretiert zu werden. Aber wie und wo? Noch war er nicht gezeigt worden. Da fiel mir beim Nachdenken über diesen wunden Punkt eines Tages ein, daß noch jeder bei der Benennung seiner Scheine nur den Namen der Form des Geldes umzutaufen versuchte. Die Benennung „Münze“ oder „Banknote“ wurde geändert in Gutschein, Notgeld, Kohlenbon, Scheck oder sonstwie.

Warum wurde die staatliche Münzeinheit beibehalten? Nur, weil in unserer Literatur und dem Propaganda-Material das Freigeld und die

---

\*) Die Kosten des Schwundes, die der einzelne Teilnehmer am Geldstreik hin und wieder tragen mußte, reichen noch nicht an die Beiträge irgendeiner politischen Organisation oder sonstigen Interessengemeinschaft heran. In Berlin kostet eine Fahrt zu einer Versammlung mehr als der Schwund am Stichtag, wenn man 20,— Mark in Freigeld in der Tasche hätte.

Freigeldmuster auf Landeswährung, auf Mark lauteten? Nein, nicht nur! Offenbar glaubte man auch, so verstünde jeder am besten, was wir wollten, und dachte ferner, ein nicht auf Mark lautendes Tauschmittel würde doch nicht in Verkehr zu bringen sein. Dabei war bisher erwiesen, daß ein auf Mark lautendes Tauschmittel nicht in Verkehr zu bringen war. Der andere Versuch mußte erst gewagt werden.

Und entsprach gerade dieser Versuch nicht auch viel mehr unseren Absichten? Mußten wir nicht gerade von Anfang an viel besser verstanden werden, wenn wir vom staatlich-kapitalistischen Gelde weder den Deckungswahn — zum Abgewöhnen — uns ausborgten, noch die Münzeinheit, die an alles wieder erinnern mußte, was wir an der sogenannten Landeswährung verwarfen?

Kein von der Mark geborgtes Vertrauen! So werden wir auch vom Mißtrauen, das heute das staatliche Tauschmittel überall verdient, nichts zu übernehmen brauchen.

Und vielleicht lag hier auch die Lösung des Rätsels, wie man den Konflikt mit dem Staate vermeiden oder doch so lange hinausschieben könnte, bis es zur Unterdrückung des Freigeldes womöglich schon zu spät sei. Und so rieten **Silvio Gesell** und ich einen Nachmittag um die Wette Namen für das Freigeld. Man glaubt nicht, wie wenig Wörter es gibt, die länger standhalten. Als ich schließlich das Wort „Wära“ fing, fanden wir beide, daß es sich gut machte, klang es doch an Ware, auf die das Geld herabgesetzt werden soll, und an Währung, die wir doch mit dem Freigeld allein erst erreichen können, an. Jedenfalls, Versuche, diesen Namen zu überbieten, gaben wir bald auf.

Aber damals war der Gedanke nur Gedanke. Noch war nicht die Rede davon gewesen, nun wirklich schon zur Tat zu schreiten. Doch der Gedanke, daß es mit einem Schein, der einfach ein bunter Zettel war und Wära hieß, glatter gehen müsse als mit allen Versuchen, auf „Mark“ lautenden Geldersatz zu fabrizieren, ließ mich nicht mehr los.

Am 28. September 1925 trug ich auf dem Chemnitzer Fysiokraten-tag meine Gedanken vor mit dem Erfolge, daß sofort Geld gesammelt und ein Ausschuß zur Einführung dieser bunten Tauschscheine gebildet wurde. Es wurden noch verschiedene Namen vorgeschlagen, aber schließlich blieb es doch bei Wära. Und im Juli 1926 war sie da!

Die Bereitwilligkeit der Kaufleute, sie anzunehmen, ohne Deckung, ohne Einlösungs-Versprechen und trotz des neuen, unbekannten Namens, bewies, daß, wenn der Anstoß zur Verbreitung des Freigeldes auch von seinen politischen Anhängern ausgehen mußte, doch auch der auf den Tageserfolg gerichtete Egoismus des Kaufmannes dem Wära-umlauf keine allzu großen Schwierigkeiten bereitete. Freilich, rein privat-kaufmännisch im landläufigen Sinne läßt sich die Wära-Aktion nicht vorwärts treiben. Bei ihr müssen der politische Egoismus derjenigen, die den Sinn des Freigeldes erfaßt haben und sich deshalb für die fernere Zukunft Vorteile von ihrem Siege versprechen, und der kaufmännische Geschäfts-Egoismus, der die Wära um der Kundenwerbung und des Absatzes willen annimmt, zusammenwirken und sich gegenseitig ergänzen. Aber der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen ist nicht so groß. Sie gehen in einander über. Schließlich tut ja auch der weitsichtige Kaufmann in seinem Geschäft Dinge, für deren allgemeinere Übung er in seinem eigenen Interesse Propaganda machen will. Er bindet sich an Regeln, trotz augenblicklicher Nachteile, um fernerer, größerer Vorteile willen. Er führt methodische und technische Neuerungen ein in der Hoffnung, trotz anfänglicher Mehraufwendung bald einen Vorsprung dadurch zu gewinnen und selbst bei allgemeiner Nachahmung seines Tuns immer noch zu behalten.

Die Aufnahme der Wära ohne jede Propaganda und Werbetätigkeit war überraschend gut. Täglich meldeten sich mehr Kaufleute, und die

zahlreichen Anfragen konnten gar nicht alle bearbeitet werden. Und wo blieben die sonst immer sofort erlassenen Verbote? Der Staat beschnüffelte die Wära, und als sie auch in der Schweiz eingeführt werden sollte, drohte er sogar mit Strafmaßnahmen, die er aber im Ernstfalle nachher nicht treffen konnte, da die Gesetze tatsächlich nicht anwendbar sind. Eine Wära ist einfach eine Wära. Daran ist nichts zu verbieten. Gesetzliches Zahlungsmittel oder eine Kopie davon ist sie ja nicht. Wer sie nimmt, um damit zu handeln, der tut das, wie man alte Briefmarken oder Reklamemarken kauft und verkauft, und wie man solche Sachen auch gerade darum erwirbt, weil man weiß, daß man wieder andere Waren dafür bekommen kann. Man kann Zigaretten oder Marmorkugeln zum Tauschen verwenden. Als Tauschmittel kann man benutzen, was man will. Kein Staat hat Gesetze, die das verbieten, und mir scheint, er kann solche Gesetze auch nicht so leicht machen, und noch schwerer könnte er sie zur Durchführung bringen. Überdies ist durch die Satzungen der die Wära verwaltenden Tauschgesellschaft jeder, der sich zur Annahme der Wära bereit erklärt, ohne weiteres auch außerordentliches Mitglied dieser Tauschgesellschaft, und innerhalb eines Vereins kann man erst recht die von ihm ausgegebenen „Bons“ als Tauschmittel benutzen.

Inzwischen wurden die Wära bereits einmal ganz zurückgekauft, und dann wurden wieder neue ausgegeben. Ständig erweitert sich jetzt der Kreis derjenigen, die durch Annahme der Wära sich bereit gefunden haben, den von uns propagierten Geldstreik zu unterstützen.

Nicht Lohnstreiks sind sinnvolle Tageskämpfe — hier bei dem zur Tat gewordenen Geldstreik beginnt der tägliche Kampf gegen den Kapitalismus. Jede in Umlauf gesetzte Wära ist eine Befreiungstat.

Mit der Wära wird zum ersten Male die einzige verwundbare Stelle, wird die Achillesferse des Kapitals getroffen.

**Mit der Einführung der Wära  
Beginnt eine neue Ära!**

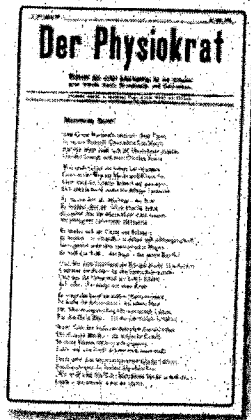
Hans Timm.



**Eden-Druckerei Paul Beck**  
**Oranienburg-Eden**

---

# Georg Blumenthal



Erster und langjähriger Mitarbeiter von Silvio Gesell. Blumenthal wuchs in Ostpreussen und Berlin auf und war als Tischler bei der Deutschen Reichspost tätig. Über die Arbeiterbildungsschule fand er zu Ideen des freiheitlichen Sozialismus und den Bodenreformern. 1906 wurde er mit Hilfe Gesells selbständiger Kaufmann, Herausgeber sowie Vertreiber von dessen Buch "Verwirklichung des Rechts auf vollen Arbeitsertrag".

1907 versuchte er vergeblich, 10 000 Exemplare von Gesells "Kannte Moses das Pulver?" in Deutschland abzusetzen. Bis 1908 stand er in Briefkontakt mit Gesell während dessen Argentinien-geschäfte.

1909/10 baute er den physiokratischen Verlag auf, um Gesells Hauptwerke "Aktive Währungspoli-tik" (1908 mit Ernst Frankfurter), "Neue Lehre von Zins und Geld" (1911), "Die natürliche Wirt-schaftsordnung" (NWO 1916) wieder mit nur wenig Resonanz herauszubringen.

1909 gründete er den Verein für physiokratische Politik mit Sitz in Berlin Lichterfelde und Ham-burg und 200 RM Starthilfe von Gesell, der sich aus christlichen Gewerkschaftlern, Bodenrefor-mern, Individualanarchisten und Syndikalistern zusammensetzte. In seinen Vorträgen verband er die gesellschaftliche Bodenrechts- und Geldreform mit Ideen der natürlichen Ordnung der Physiokraten-Schule von Quesnay, Proudhon und Henry George.

1913 erfolgte die Erweiterung in die Physiokratische Vereinigung, die moderne Physiokratieideen verbreitete, um proletarische Zielgruppen durch die Garantie des vollen Arbeitsertrags für die anvi-sierte Geld- und Bodenreform zu gewinnen. Er schuf mit seiner "Flussschrift" eine freie Organisati-onsform autonomer Gruppen ohne Vorstand, die das "Flussbett" der Physiokraten frei gestalten konnten. Ab 1911 hatte er eine feste Arbeitsgemeinschaft mit Gesell, der nun in Eden bei Berlin wohnte. Seit Mai 1912 gab er die kleine Zeitschrift "Der Physiokrat" heraus, in der ersten Ausgabe mit einem eigenem Gedicht über Mammons Sturz.

1912 propagierte er in einem Artikel erstmals die Idee des Geldstreiks, als Ausgangspunkt für späte-re physiokratische Reformgeld-Experimente. Er verfasste die "Prinzipienerklärung der Physiokra-tie" den Übergang zur natürlichen Wirtschaftsordnung mittels Reformgeld und Reformboden versus kapitalistischen Markt und marxistischer Staatswirtschaft, einen "Dritten Weg" zwischen sozialer Marktwirtschaft und liberalen Sozialismus. Seine programmatische Zielrichtung des "Physiokrat" ist im Aufsatz "Unsere Daseinsberechtigung" in Band 7 von Gesells Werken aufgenommen. Auf Flugblättern wurde damals für die "Prinzipienerklärung" und mit Mustern eines "Grundbesitz-Ab-lösescheins" sowie eines "Physiokratischen Geldes" geworben, um sozialdemokratische Anhänger für die Anliegen und Ziele der physiokratischen Geld- und Bodenreform zu gewinnen.

1913 unterstützte Gesell den "Physiokrat" mit 2000 Reichsmark aus Argentinien und schrieb neben Blumenthal zahlreiche Artikel.



1914 musste der "Physiokrat" sein Erscheinen unterbrechen, es folgten Kriegsflugblätter mit 5 physiokratischen Friedensdiktaten. 1915 erschienen sporadisch drei Ausgaben der Zeitschrift mit Artikeln über die Deutsche Reichsbank im Krieg. 1916 erschien der letzte "Physiokrat" mit einem Nachkriegsordnungsaufsatz über die Schaffung eines mitteleuropäischen Bundes, analog dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nationen. 1916 fiel der "Physiokrat" der Kriegszensur zum Opfer und Blumenthal musste zum Kriegsdienst.

Allmählich wurde die Physiokratie durch den Ausdruck Freiwirtschaft ersetzt - aus Reformgeld wurde Freigeld - der Term Freiland wurde von Bodenreformern übernommen - mit dem Ziel Freiwirtschaft statt physiokratischer Ordnung.

1916 erschien die "Natürliche Wirtschaftsordnung mit Freiland und Freigeld" von Gesell in 4 Teilen in seinem Physiokratischen Verlag als Neuauflage aus "Recht auf vollem Arbeitsertrag" von 1906 und "Neue Lehre von Zins und Geld" von 1911.

Mit seinem eigenem Buch "Die Befreiung von der Geld- und Zinswirtschaft" 1917 sollten sich Arbeiter aus ihrer proletarischen Treitmühle befreien und sich nicht für ein Linsengericht an Gewerkschaft und Staat verkaufen, statt in den Arbeits-, sollten sie in Geldstreik treten und den Kapitalismus in Arbeit und Kapital ersäufen.

1918 in der Novemberrevolution fanden seine physiokratische Ideen erstmals größere Resonanz. Während Gesell in Haft saß, bereitete er 1919 das Wiedererscheinen des "Physiokraten" vor - nun als "sozialökonomisches Kampfblatt für das arbeitende Volk" gegen marxistische Ideen, Staatskapitalismus und Militärdiktatur. Er setzte sich für die Fortsetzung Physiokratischer Ideen ein, warnte vor Abstrichen an physiokratischen Geld- und Bodenreformen und Kompromissen gegenüber anderen Gruppen. Er selbst machte mit der Aufnahme seines allgemeinen Aufteilungsplans des Produktionsvermögens beim Übergang zur physiokratischen Ordnung in das Programm der Physiokraten Zugeständnisse, was zu Spannungen in der Vereinigung und Problemen für die Zeitschrift führte. Im Zuge proletarischer Einheitsbestrebungen auf Basis der Boden- und Geldreform bildete sein Berliner Verein Ableger in Hamburg und im Ruhrgebiet. Er übernahm die Redaktion der Zeitung "Der Befreier" um eine linke NWO-Einheitsfront vorzubereiten, die nach 7 Ausgaben wegen Defizits eingestellt wurde. Blumenthal verfasste für den Physiokratischen Kampfbund noch die Prinzipienklärung. Freiwirtschaft war für ihn aber nur ein Mittel der Physiokratie. 1925 kam seine letzte Schrift "Individuum und Allgemeinheit" heraus.

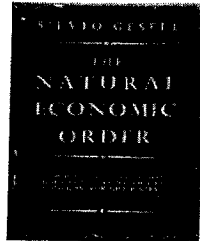
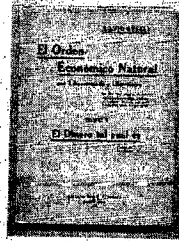
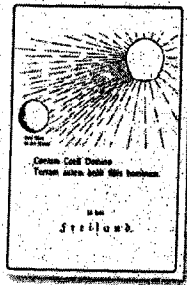
1924 zerfiel die Physiokratische Vereinigung und es erfolgte sein Rückzug aus der NWO-Bewegung und seine Hinwendung zur Esoterik.

Am 27. 6. 1929 ist der herzkrank Blumenthal gestorben. Gesell hielt seine Grabrede.

Quelle: Freigeld aus den numismatischen Sammlungen des Deutschen Historischen Museums

[www.dhm.de/sammlungen/kunst2/numismatik/freigeld/texte/ernst\\_blumenthal\\_txt.htm](http://www.dhm.de/sammlungen/kunst2/numismatik/freigeld/texte/ernst_blumenthal_txt.htm)

Weiteres unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Georg\\_Blumenthal\\_\(Schriftsteller\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_(Schriftsteller))



**Freiwirtschaft - Freiland - Freigeld - Theorie der Physiokraten** Freiwirtschaft ist eine Wirtschaftsform, in der alle Vorrechte beseitigt und freier Wettbewerb im vollem Umfang gilt. Das bedingt die Unterlassung aller staatlichen Eingriffe. Zur Freiwirtschaft gehören Freiland und Freigeld. Freiland verwirklicht eine Idee, der zu Folge jedem Menschen die ganze Erde gehört. Freiland ist kein Sondereigentum, gehört niemanden, auch nicht dem Staat. Freiland ist der Grund und Boden, dessen Erzeugnisse frei und überall produziert werden können und den jeder Mensch durch öffentliche Pachtversteigerung in Nutzniessung nehmen kann. Freiland ist der Grund und Boden, dessen Pacht gleichberechtigt unter den Müttern nach Anzahl ihrer Kinder verteilt wird. Freigeld ist Geld, das mit einem Nennwertverlust belastet ist, der in bestimmten Zeitspannen eintritt und vom jeweiligen Besitzer des Papiergeldscheins zu tragen ist. Freigeld wird von einem staatlichen Währungsamt (siehe Reichswährungsamt) und zwischenstaatlich von der zu schaffenden internationalen Valuta-Assoziation verwaltet, indem der Warendurchschnittspreis (Indexbildung) immer gleich hoch bleibt und die Kriterien einer Festwährung erfüllt. Freigeld ist mit seinen "rostenden Banknoten" eine Geldform, deren Nominalwert sich ständig nach einem festen Plan verringert, um damit ein Horten und Zurückhalten und das Spekulieren mit Geldmengen zu verhindern, jedem gleiche Chancen im wirtschaftlichen Wettbewerb zu ermöglichen und Wechselkursschwankungen durch diese "absolute Währung" auszuschliessen.

1909 erfolgte die Gründung des Vereins für physiokratische Politik in Berlin unter Blumenthal, 1913 die Erweiterung zur Physiokratischen Vereinigung und 1921 zum einheitlichen Freiwirtschaftsbund Freiland-Freigeld-Festwährung (FFF). 1924 Spaltung in den Fisokratischen Kampfbund (FKB), Freiwirtschaftsbund (FWB), der Selbsthilfe der Arbeit (SdA), der Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft (DWG) und anderer Splittergruppen. 1932 beteiligte sich die Freiwirtschaftliche Partei erfolglos bei Reichstagswahlen. 1933 kamen Selbstaufösungen und Verbot freiwirtschaftlicher Vereine hinzu. 1938 erfolgte der Rückzug in die Freiwirtschaftsvereine Schweiz und Österreichs.

Quelle: <http://www.dhm.de/sammlungen/kunst2/numismatik/freigeld/texte/freigeld.htm>